

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Beleg)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Donnerstag, 29. November 1934

Nr. 280

Kampf dem Chauvinismus!

Die Verantwortlichkeit für die jüngsten nationalistischen Exzesse
Eine Erklärung unserer Parlamentsfraktion

Prag. Am ersten Tag der Budgetdebatte gab Genosse Krah im Namen unserer Parlamentsfraktion eine scharfe Erklärung zu der Universitätsaffäre und den anschließenden Straßenkrawallen ab, in der jeder nationale Chauvinismus auf das schärfste verurteilt und die Verantwortlichkeit des akademischen Senats der deutschen Universität ebenso angeprangert wird wie die nationalistischen Ausschreitungen auf der Gegenseite.

Ganz entschieden wird auch der bekannte Egerer Spracherlass kritisiert und schließlich der — durch die vernünftigen Pressestimmen in beiden Lagern begründeten — Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich namentlich die arbeitenden Schichten beider Völker durch keine noch so hemmungslöse nationalistische Hetze von der so notwendigen demokratischen Zusammenarbeit abbringen lassen werden.

Die Erklärung lautet:

Die Hauptstadt unserer Republik ist in diesen Tagen der Schauplatz trauriger Ereignisse gewesen. In einer Zeit des größten Massenelends, in der es, wie wir wiederholt ausgesprochen haben, die Pflicht aller verantwortlichen Faktoren ist, alle Anstrengungen auf den Kampf gegen die verheerenden Wirkungen der Wirtschaftskrise zu konzentrieren, hat die Aufweckung nationalistischer Leidenschaften eine Beunruhigung geschaffen, die vom Standpunkte des freundschaftlichen Zusammenlebens der Nationen dieses Staates im höchsten Grade bedauerlich ist. Unser Standpunkt zu diesen Vorgängen kann kein anderer sein, als die schärfste Verurteilung des nationalen Chauvinismus.

Wir erklären offen, daß wir mit den Methoden, mit denen der Kampf um die Insignien der Universität geführt wurde, nichts gemein haben. Wir stellen fest, daß die Deutsche Universität in Prag vielfach Anlaß zu ernstesten sachlichen Beschwerden und Forderungen hat. Der Zustand ihrer Hörsäle und Institute und ihrer wissenschaftlichen Einrichtungen erfordert in vielen Richtungen Abhilfe und Verbesserungen. Für diese sachlichen Interessen der deutschen Hochschule haben wir uns immer mit aller Kraft eingesetzt und wollen uns weiter dafür einsetzen, nicht aber für Preßfragen, die bereits durch das Universitätsgesetz vom Jahre 1920 entschieden worden sind.

Wir übersehen dabei durchaus nicht, daß die Art, wie der vorjährige Rektor der tschechischen Universität die sich aus diesem Gesetz ergebenden Fragen betrieben hat, keineswegs sachlichen Motiven entsprungen ist. Wir finden es daher begreiflich, daß der akademische Senat der Deutschen Universität, der sich mit der Tatsache der Uebergabe der Insignien bereits abgefunden hatte, nach einer Form suchte, welche für die Deutsche Universität tragbar ist. Darum haben auch wir alle Bemühungen um einen geeigneten Ausweg unterstützt.

Die Verhandlungen über die Form der Uebergabe waren bereits eingeleitet, die verantwortlichen Organe der Deutschen Universität wußten, daß sie im Gange waren. Es wäre daher ihre Pflicht gewesen, Aufsammlungen der Studentenschaft und die Anforderung zum Studentenstreik nicht zuzulassen. Die Professoren der Deutschen Universität haben aber durch ihr ganzes Vorgehen und insbesondere ihre „Vermerksklärung“ alle diese Bemühungen auf schwerste gefährdet und tragen daher die Verantwortung.

Indem wir dies feststellen, können wir den Deutschen Professoren den Vorwurf nicht ersparen, daß sie dem Geist der nationalistischen Unduldsamkeit unter dem akademischen Radwuchs, der ihrer Erziehung anvertraut ist, nicht nur niemals entgegengetreten sind, sondern ihn noch gefördert haben. Wir haben gegen diesen Geist, welcher dem nicht in letzter Linie die fortschrittlichste, tschechische Studentenschaft und vor allem die sozialistische Studentenschaft oft genug zu leiden hatten, gegen diesen Geist, welcher der wissenschaftlichen Ausbildung und der wissenschaftlichen Forschung sehr wenig förderlich ist, immer angeknüpft und werden nicht aufhören, ihn zu bekämpfen.

Aber diese Tatsachen rechtfertigen in gar keiner Weise die nationalistischen Ausschreitungen von der anderen Seite.

Wir können uns zur Charakterisierung dieser Vorgänge auf die Worte berufen, die der jetzige Rektor der Karls-Universität, Professor Dr. a. h. o. v. s. i. h., dessen vornehme Haltung im Laufe der beklagenswerten Ereignisse wir durchaus anerkennen, den tschechischen Studenten zugerufen hat:

„Kann man eine Demonstration, insbesondere wenn sie mit Erscheinungen verbunden ist, die sich mit der geltenden Rechtsordnung und mit der öffentlichen Ordnung nicht vereinbaren läßt, schneller und besser zum Ziele führen, als das gesetzmäßige Vorgehen?“

Jene Kreise, die den Patriotismus jedrzejit im Munde führen, haben mit der Schürung von Straßenkrawallen, bei denen charakteristischerweise vor allem die Fensterarbeiten von kulturellen Institutionen, und zwar auch von tschechischen, zu Schaden gekommen sind, ihrer Nation und — wie die nationalistischen Wiener Studentenstreiktrawalle und die Erzesse der reichsdeutschen nationalistischen Presse aufzeigen — den Staatsinteressen wahrhaftig keinen guten Dienst erwiesen.

Wir richten unsere Anklage nicht so sehr gegen jene jungen Leute, die von gewissenlosen Drahtziehern irreführt wurden, sondern vor allem gegen diese selbst, die aus der Aufweckung nationalistischer Leidenschaften politischen Profit zu ziehen verstehen und zu diesem Zwecke auch selbst von der Verbreitung von erschundenen Alarmeibungen, wie etwa, daß an der Universität geschossen wurde, nicht zurückgeschreckt sind. Wir anerkennen, daß die Regierung diesem Treiben entschieden entgegengetreten ist und erwarten zuversichtlich, daß sie entschlossen ist, den Frieden unter den Völkern dieses Staates gegen solche gewissenlose Störungsversuche zu schützen.

Wir wollen in diesem Zusammenhange zu dem bekannten Spracherlass des

Von den sonstigen Rednern, die sich mit der Universitätsaffäre befaßten, übertrieb Dr. Luskla (d. Chr.-Soz.) maßlos deren Bedeutung für das gesamte deutsche Volk.

Mit dem Erlaß des Schulministeriums sei angeblich eine schwere Niederlage der Deutschen verbunden. Er sieht darin einen Schwachsinn gegen die tschechischen Oppositionsparteien auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Von der Regierung verlangt er eine offizielle Stellungnahme zu den Ereignissen und den Beweis, daß sie den kulturellen Bedürfnissen der Deutschen keinen vernünftigen Schlag verheben wollte.

Am erwiderte Udrhal (tsch. Agr.): Wenn sich die deutschen Studenten in den von vornherein verlorenen Kampf aus eigener Initiative gestürzt haben, so zeigt das von einer Unreife der Jugend, die jeder beargwöhnen kann. Aber wenn sie dabei aneinander von ihren Professoren und von reifen Volksgenossen verführt wurden, so ist das wirklich bedauerlich wert, weil es in diesem Kampf keinen Sieg geben konnte.

Für den Mund der Landwirte gibt Dr. Kodina eine Erklärung ab, in der er an die tschechischen Vertreter der Feststellung richtet, daß für den Wiederaufbau der Gesamtwirtschaft die Sicherung der innerpolitischen Stabilität die Voraussetzung sei. Es sei nicht notwendig gewesen, gerade jetzt in der Zeit der Ueberreiztheit und Ueberempfindlichkeit mit

Egerer Kreisgerichtspräsidenten nur einige Worte sagen. Die Untersuchung des Falles ist eingeleitet und wir haben nicht die Absicht, ihrem Ergebnis vorzugreifen. Wir müssen aber feststellen, daß nicht nur der Erlaß selbst aufreizend ist, sondern daß vor allem die Methode, eine kurzfristige Abwesenheit des Kreisgerichtspräsidenten auszunutzen, um hinter seinem Rücken eine Verfügung zu treffen, die infolge ihrer Grundfähigkeit nicht ohne Wissen des zuständigen Ressortministers hätte getroffen werden dürfen, schon vom Standpunkte der Staatsautorität aus unbedingt zu verwerfen ist.

Wenn wir alle diese Vorgänge auf tiefste Beflagen, so geben wir uns doch zugleich der besten Hoffnung hin, daß die große Mehrheit der Bevölkerung auf beiden Seiten in ihrer Beurteilung mit uns einig ist. Wir sind überzeugt, daß sich vor allem die arbeitenden Schichten des tschechischen wie des deutschen Volkes durch künstlich inszenierte Streitigkeiten um sachlich bereits entschiedene Fragen von ihren wahren Interessen nicht ablenken lassen. Wir werden uns jedenfalls in unserem Lande um die Herstellung eines dauerhaften Einvernehmens zwischen den Völkern im Staate durch nichts beirren lassen. Denn wir sind überzeugt, daß nur durch die Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte des Staates der soziale Aufstieg und die Wahrung des Krisenlebens gesichert werden kann.

Im Dienste dieser Bestrebungen wollen wir nach wie vor unsere Kräfte einsetzen. Wir unterstützen die schönen Worte eines angesehenen tschechischen Blattes:

„Der vernünftige und gewissenhafte Bürger, Tscheche oder Deutscher, wird heute in dieser Republik im Dienste der nationalen Verständigung auf dem Felde der ehelichen Arbeit zur Sicherstellung von Brot und Frieden für die breitesten Schichten der Bevölkerung tätig sein. Eine Sünde gegen die Republik ist heute jede Kleinlichkeit, Gewissenlosigkeit, Oberflächlichkeit in nationalen Dingen, jede nationale Aufgeblasenheit und Herausforderung, die nichts gemein hat mit nationalem Selbstbewußtsein und insbesondere jede gewinnfuchige Spekulation mit den nationalistischen Stimmungen, dort, wo Gefühle und Leidenschaften von gewissenhafter Vernunft beherrscht sein müssen.“

In diesem Geiste zu arbeiten, sind auch wir gewillt und wir wollen alles daransetzen, daß im tschechischen wie im deutschen Volke dieser Geist den Sieg davontragen wird.

der Durchführung des Universitätsgesetzes einzusehen. Es sei ein Unglück gewesen, daß in die beiderseitigen Beziehungen der Völker zueinander ein Einbruch von außen erfolgte und zu den traurigen Ereignissen der letzten Tage geführt hat. Die Universität habe sich nicht geweigert, das Gesetz zu erfüllen. Der B. d. L. verleihere die verantwortlichen Faktoren der Universität seiner vollen Sympathie; es sei das gute Recht (1) der tschechischen Jugend, alten Symbolen ihre besondere Bedeutung beizumessen. Er ziehe aber einen großen Trennungsstrich zwischen der Mehrheit des tschechischen Volkes und jenem Teile, der sich von parteipolitischen Demagogien verleiten ließ, Ruhe und Sicherheit zu gefährden.

Endlich erklärte Stenzl (d. Gew.-P.), es wäre hoch an der Zeit, das Wort „Gleiches unter Gleichen“ zu achten. Die letzten Tage hätten leider etwas anderes aufgeweckt. Es wäre in der Nacht der Regierung gewesen, die Demonstrationen gegen die Deutschen zu verhindern, da von deutscher Seite das Gesetz geachtet wird.

Rajman (tsch. Gew.-P.) fügt sein grobes Ausfälle gegen die Deutschen und die Regierung wegen der Universitätsaffäre mit Wenzel IV. an und wirft sich gar zum Beschützer der wahren Demokratie auf, was bei jedem, der Herrn Rajman und seine Umgangsformen nur halbwegs kennt, nur ein herzliches Lachen auslösen kann.

Die Hintermänner des tschechoslowakischen Fascismus

Nationalhelden oder Börsenspieler?

Noch in jedem Land, in dem eine faschistische Bewegung entstanden ist, stand hinter ihr das Finanzkapital. Manchmal ist es einheimisches, manchmal fremdes. Mussolini ist nicht so sehr der Sachwalter italienischer Fabrikanten und Bankiers als amerikanischer Geldmänner. Hervorgegangen ist seine Bewegung allerdings aus typisch italienischen, „nationalen“ Verhältnissen, aus dem Kampf der schmarotzenden Großgrundbesitzer gegen ihre Pächter und Landarbeiter. Hitler kann sich rühmen, in dem Punkte nationaler als Mussolini zu sein, daß er vorwiegend deutsche Kapitalisten zu schützen und zu fördern hat. Der Austrofaschismus ist wiederum nur das Volksgewalt organ ausländischer Kapitalismächte und der würdige Erbe der Politik Seipels, die seit 1922 Stück um Stück Österreich des Pariser, Amsterdamer, Londoner und transatlantischen Bankiers, vor allem aber dem „Haus Rothschild“ auslieferte.

Aber in keinem Lande ist der Zusammenhang von Fascismus und Finanzkapital vom ersten Augenblick der Allianz an so deutlich zu erkennen gewesen, wie in der Tschechoslowakei. Hier liegt vielleicht — wie hätten allen Grund, es zu beklagen, — ein schwerer Fehler des tschechoslowakischen Fascismus vor. Er hat sich zu zeitig demaskiert. Im Gegensatz zu dem sudetendeutschen Fascismus, der im Jahre 1933 eine erste Häutung durchgemacht, sich seiner kompromittierten und anrüchig gelben Vorkämpfer entledigt hat, um mit neuen Persönlichkeiten zu blühen, und der es noch heute sehr geschickt versteht, seine Auftraggeber und Finanziers im Hintergrund zu halten, während vorn „Volksgemeinschaft“ simuliert wird, hat der tschechische Fascismus den fragwürdigen Glauben, daß auch zu scheitern, was er wirklich ist.

Bei den Demonstrationen der Faschisten in Prager Gassen sind zwei Männer sichtbar hervorgetreten, in denen sich der tschechische Fascismus weit sinnfälliger als in Stöckl oder Hajda verkörpert: der Sekretär des Industriellenverbandes Dr. Hodál, und der Generaldirektor der Zivnošenská Banka, Dr. Pfeif. Der eine marschierte an der Spitze eines Demonstrationenzuges und hielt eine Ansprache an die „nationale Jugend“, die nachher tschechischen Geschäftsleuten die Schaufenster gerimmerte, der andere wurde Montagabend beobachtet, wie er sichtlich nervös und um den Erfolg der Sache besorgt, vom Sockel des Wenzels-Monuments die Radaumacher inspizierte.

In diesen beiden Herren haben wir tatsächlich die Arrangente und wahren Führer der Nationalen Front, also des tschechischen Fascismus — der es, wie jeder richtige Fascismus, empört ablehnt, so zu heißen — die Interessenten und Hintermänner der nationalen Opposition vor uns. Sie repräsentieren das Großkapital und vor allem die Zivnobank. Hodál ist der Sekretär des Industriellenverbandes, dem tschechische und deutsche, griechische und jüdische Kapitalisten angehören. Aus ihren Beiträgen wird dem Nationalhelden das bescheidene Gehalt von rund 300.000 Kč jährlich gezahlt und man wird sehr verstehen, daß Herr Dr. Hodál sich ausgezeichnet in die Seele eines Arbeitlosen, eines verschuldeten und bankrottierten Kleingewerbetreibenden, eines vom Exekutor bedrohten Bauern hineinreden kann, daß er also ein würdiger Vertreter und Vorkämpfer der Volksgemeinschaft ist. Oder sollte das Einkommen von 300.000 Kč (von den bescheidenen Nebeneinkünften wollen wir nicht reden, wir können im Augenblick nicht sagen, ob sie in Prozenten oder Vielfachen des Grundbesitzes leichter zu messen sind) einem Manne nicht den Luxus erlauben, die Gefühle aller Volksgenossen, auch der 99 Prozent, die ein wenig geringere Gehälter, Löhne und Arbeitseinkommen beziehen, nachzufühlen? Aber Herr Dr. Hodál ist auch der richtige Mann, den „integralen“, den unverfälschten tschechischen Nationalismus, und sei es auf der Gasse, sei es an der Spitze von Radaubrücken, zu

repräsentieren, denn ein gut Teil seines Einkommens fließt ja aus dem Ertrag deutscher Arbeit und gelangt auf dem Umweg durch die Tresors der deutschen Großfirmen in die Hände des Nationalhelden Hodál! Und Dr. Hodál ist endlich wegen all dieser Tugenden und Eigenschaften geradezu von der Vorsetzung zum Koalitionsgenossen, Bundesbruder und Partner der sudetendeutschen Heimatsfront außersehen, die bei ihm, was die gemeinsamen antimarkistischen Interessen betrifft, sicher nicht umsonst angelockt hat.

Und der Dr. Freiß? Nach seiner Studienreise durch Deutschland hat er sich als aufrichtiger Bewunderer Hitlers vorgestellt. Der Stanzler und Führer von Thönsen, Kruppens, Schröders, Stauff und Kirddorffs Gnaden muß dem Generaldirektor der Finanzbank natürlich als Ausbund staatsmännischer Begabung erscheinen. Er hat einen einzigen Mangel, dem aber Dr. Freiß nach Kräften abhelfen wird: daß er kein tschechischer Diktator ist.

Fragen wir nach dem Ursprung des tschechischen Faschismus, dann brauchen wir bei der Agnosierung seiner, zu unvorsichtig in den Vordergrund getretenen Hintermänner nicht mehr weit zu suchen. Das Interesse der Großbanken und der von ihnen beherrschten, mit ihnen in mächtigen Kongernen verflochtenen Schlüsselindustrien (die meisten werden von der Finanzmafia beherrscht) ist das einzige Fundament des tschechischen Faschismus. Als sich die Wirtschaftspolitik des Staates von der Deflation, dem dauernden Abbau von Gehältern, Löhnen, sozialen Leistungen abwandte und mit den Finanzoperationen vom Herbst 1934 einen neuen Weg beschritt, entdeckten die Freiß und Hodál ihr nationales Herz. Sie traten nicht etwa schlicht und geradezu in Opposition gegen die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Malypetr, nein, sie traten in die „nationale“ Opposition! Ist es auffällig, daß seit der Zeit der Kassen der Nationalen Front keine Ebbe mehr kennen, daß Wettlämpfe in kleinen Städten mit ungeheurem Geldeinsatz inszeniert werden, daß sich in Prag allerhand zweifelhafte Elemente als Stoßtrupp zur Verfügung stellen, als es galt, für den „nationalen Gedanken“ im Befreiten Theater, am Mánes, auf dem Obstmart, und mit Steinwürfen gegen die Fenster mißliebiger Nationalgenossen zu demonstrieren? Auch die Heiligkeit des Eigentums, die vielberufene Ruhe und Ordnung sind nicht mehr unverletzlich, wenn es dem nationalen Gedanken nützlich ist, der da heißt: das Interesse des Finanzkapitals.

Die Regierung und das Parlament tragen sich mit wirtschafts- und sozialpolitischen Plänen, die den vielgeprüften Bankmagnaten und Konzernhähnen ein paar kleine Opfer zumuten. Das ist Grund genug, um Millionen für eine nationale Bewegung zu opfern, die jenen andern Aderlaß vielleicht verhindern kann. Auch der tschechische Faschismus braucht, wie Henlein, kein Programm. Sein Programm ist die Dividende des Großkapitals. Aber er war unvorsichtig, als er seine Hintermänner in die erste Reihe stellte. Das tut man nicht, wenn man ein ausgeleert Faschist sein will. Daß die tschechoslowakischen Thönsen und Schröder den Ehrgeiz haben, persönlich Goering und Goebbels zu spielen, macht es uns leichter, das Volk über die Bewegung aufzuklären, die sich vom amerikanischen Gangsterkum dadurch unangenehm unterscheidet, daß sie den Opfern Geld und Leben nimmt.

Babiola

Roman von Olga Scheinpflugová

Copyright by Prosaedimat K. Prager-Verlag, Wien

„Ich sauge doch nur deine Wange, nur deine Wange, du Luder!“

Er hatte, während er dies sagte, Augen, als wäre er jünger und nüchtern. Dann ließ er sie los, fiel auf das Bett, grub sein Gesicht in die Kissen und murmelte etwas, was sie nicht verstand. Seine Schultern zuckten so eigentümlich, daß sie zu ihrem größten Staunen annahm, der Vater weine. Wie er so da lag, überwältigt von einem Schmerz, der ihn für einige flüchtige Augenblicke wieder zu einem Menschen machte, sah man aus seiner zerrissenen Hose die armen, dünnen Beine ragen. Die sah auch Babiola, sah, wie blau und mager sie waren und es kam ihr zum Bewußtsein: das ist doch mein Vater. Sie fühlte sich klein und erbärmlich. Da er lange nicht aufstand, zupfte sie verlegen an seinem zerrissenen Rock. Sie fühlte, wie seine Kleider unter ihren Fingern förmlich zerfielen und eine große Sorge legte sich um ihr Herz. Der Anzug war hart, von Salz zerfressen; er stammte noch aus der Zeit, in der Cloture täglich zweimal zum Fischfang ausgefahren war. Ihr Zorn war verstoben und es blieb ein weiches Leid:

„So steh auf und weine nicht mehr. Ich werde dir schon geben, wenn ich verdienen werde.“

Beleidigt stand Cloture auf und sah mit seinem zerrissenen Warte und den zerzausten Haaren schrecklich aus.

„Ich verstehe dich, du elende Kreatur. Ich schmeiß dich hinaus, dann bist du ganz allein

Budgetdebatte eröffnet

Genosse Remeš referiert

Die Budgetdebatte wurde mit einem Referat des Generalberichterstatters, des Genossen Remeš, eingeleitet.

Er wies u. a. darauf hin, daß einschließlich der Zuteilungen an die Selbstverwaltungskörper aus der Volkswirtschaft im nächsten Jahre 10.715 Millionen Kč herausgebracht werden sollen, was den heutigen Verhältnissen keinesfalls entspricht. Auch für das Jahr 1934 muß man noch mit einem Defizit von etwa dreieinhalb Milliarden rechnen. Die heutigen Einnahmen sind ungenügend etwas höher als im Vorjahre, bleiben aber noch immer hinter dem Vorschlag zurück; im Jahre 1935 erwarten wir noch um 510 Millionen mehr. Um das zu erreichen, muß nicht nur die bisherige Entwicklung beibehalten werden, sondern es ist auch eine wesentliche Verbesserung der Finanzadministrative notwendig. In den Ausgaben kann man schon keine größeren Ersparungen mehr machen.

Die Staatsbetriebe als Sorgenkinder

Die Staatsbetriebe bieten mit Ausnahme der Tabakregie und der Staatslotterie ein wenig erfreuliches Bild. Auch in normalen Zeiten hätte der Staat nicht viel von ihnen, in den Krisenjahren aber sind sie eine sehr schwere Belastung. Bei der detaillierten Besprechung der Staatsbetriebe stellte Remeš u. a. fest, daß die Mehrzahl der staatlichen Bäder und Badeobjekte überdimensioniert ist und auch in Zukunft kaum jemals Verzinsung und Amortisierung verdienen wird. Zur Passivität der Staatsbahnen trägt der hohe Pensionsetat von 800 Millionen wesentlich bei.

Die großen Steuerträger erfassen!

Die Staatsbetriebe bieten mit Ausnahme der Selbstverwaltungskörper betragen Ende 1933 6436 Millionen, auch durch Abschreibungen verringern sie sich nicht. Diese Rückstände datieren vor allem aus der Zeit der guten Konjunktur. Sie hätten nicht sein müssen, wenn die Finanzverwaltung damals genügend Personal gehabt hätte. Erst heute will die Finanzverwaltung etwa 1100 neue Leute aufnehmen. Das soll sich aber nicht darin äußern, daß man bei den kleinen Steuerträgern die Steuerlasten weiter anzieht, sondern daß man sich mehr Zeit zur Qualitätsarbeit bei der Besteuerung der großen Steuerträger und vor allem beim Zukauf nehmen kann.

Wie kann man die Ueberbrückungskredite einschränken?

Im die Ueberbrückungskredite des Staates bei der Postpartaise und beim Konfortium der Geldanstalten einzuschränken, schlägt der Referent vor, die Sachaufgaben nicht mehr im Rahmen der monatlichen Budgetmittel, sondern nach den Weisungen des Finanzministeriums derart zu liquidieren, daß monatlich je nach der Höhe der Einnahmen eine gewisse Quote der Sachaufgaben freigegeben wird. Nur unbedingt erforderliche Sachaufgaben, die auf Rechtsmitteln beruhen, sollten durch Ueberbrückungskredite gedeckt werden. Bei den direkten Steuern und bei der Umsatzsteuer sollte man statt der Quartalszahlungen monatliche Zahlungen einführen.

Langandauernder Beifall und Glückwünsche von vielen Seiten lohnten die Ausführungen des Referenten.

Erster Koalitionredner war der frühere Ministerpräsident Udrásl, der zum Schluß erklärte, daß man von ihm keine Stimmungsoption erwarten durfte. Er ist noch heute der Auffassung, daß die Regierung aus dem Jahre 1929 eine Notwendigkeit war und daß sie den Staat vor vielen Erschütterungen bewahrt hat. Sie hat von allen bisherigen Regierungen die größte Lebensfähigkeit

und Kraft bewiesen. Auch nach den Wahlen wird sie offenbar stärker sein als bisher, und das wäre gut. (Starker Beifall.) Ansonsten gab er seiner Bemerkung Ausdruck, daß jetzt doch wieder die zweijährige Dienstzeit eingeführt werden müsse, und trat in der ihm eigenen salbungsvollen Weise dafür ein, daß wir uns über beide Orientierungen empörten, über die linke wie die rechte, und durch freundschaftliches Zusammenarbeiten das erreichen, was sonst überall anders viel Schmerzen, Blut und Leben kosten würde. Die heutige Zeit sollte auch eine Zeit der staatlichen Konsolidierung sein, die alle staatsbeherrschenden Kräfte zusammenfassen sollte. Man müsse das Mögliche von dem Unmöglichen, das Erreichbare von dem derzeit Unerreichbaren wohl unterscheiden.

Kallina (d. v. d. l.) fordert die Beseitigung der durch die falsche Auslegung des Parteienauflösungsgesetzes hervorgerufenen (offenbar den Deutschnationalen zugehörigen) Schäden und befragt u. a. das jüdische Finanzschicksal der Wählertermine. Das jetzige Parlament sei nicht berufen, die von ihm vorgeschlagenen wirtschaftlichen Maßnahmen zu lösen, da es schon von Wahnerbotteln beherrscht sei.

Das Krisenprogramm der tschechischen Genossen

Der tschechische Genosse Remeš trägt namens seines Klubs einige Anträge zur wirtschaftlichen Wiederbelebung und zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit vor. Die Marktpreise müssen herabgesetzt werden, damit sich der Konsum hebt und der Staat mehr Steuern bekommt. Dann muß Ordnung in die Steuern und Steuerertrände hineingebracht und eine moderne Vergabeordnung geschaffen werden, da sich in letzter Zeit die Korruptionsfälle häufen. Er vertritt den kirchlichen Standpunkt, daß der Nationalbank Operationen auf dem freien Markt ermöglicht werden, damit der Geldumlauf erleichtert und so der Zinsfuß herabgesetzt wird. Dem Finanzminister, der im Budgetausschuß seinen ablehnenden Standpunkt hierzu mit dem Hinweis auf England begründet hat, hält Remeš Amerika, Australien und namentlich Schweden und Dänemark vor, wo diese Maßnahme sich außerordentlich günstig ausgewirkt hat. Er tritt dann für ein großangelegtes Programm öffentlicher Arbeiten ein. Selbst die Türkei könnte uns auf diesem Gebiet als Vorbild dienen.

Remeš verlangt weiters die Konzentrierung der öffentlichen Arbeiten auf die Gebiete mit der größten Arbeitslosigkeit und teilt — ebenso wie Genosse Hakenberg im Ausschuss — nicht die Befürchtungen des Ministerpräsidenten, daß dort (d. h. im deutschen Randgebiet) nicht mehr viel öffentliche Arbeiten durchzuführen seien. Durch die Annahme der Anträge seiner Partei würde eine Viertelmillion Leute neu in den Arbeitsprozeß eingeschaltet werden.

Die slowakische Frage

Von den sonstigen Rednern erklärt Poliska (tsch. Ratlos), er kenne keine slowakische Frage, aus der einzige Faktoren einen Autonomismus oder Dualismus beizubehalten wollen; für ihn sei nur die tschechoslowakische staatliche Einheit auf der Grundlage der St. Martinsdeklaration maßgebend. Remeš (Slow. Rat.) verlangt angesichts der außenpolitischen Gefahren noch unter dem gegenwärtigen Regime eine Einigung zwischen Slowaken und Tschechen. Es müsse ein nationales Regime der Tschechen und Slowaken kommen.

Tiso (Slow. Merk.) ist für die „Einheit“ des tschechoslowakischen Volkes, aber nicht für eine solche, in der das slowakische Volk eine Bedrohung seines sozialen Lebens und seines Lebensniveaus erliden würde und die sich in der Praxis z. B. bei der Besetzung der Stellen in der Slowakei zeige. Der Staat dürfe die Individualität der Völker nicht beschränken. Der Katholizismus, den Tiso nicht, verlangt nicht weniger als eine Art Gleichhaltung des ganzen öffentlichen Lebens mit den katholischen Grundfäden.

Drei Militärvorlagen

Dienstzeitverlängerung — Dienstzeleinrechnung — Militärtaxe

Prag. Die Verhandlungen innerhalb der Koalition und der Regierung über die Militärvorlagen sind im Laufe des Mittwoch so weit gebiechen, daß am Abend ein Ministerrat zusammenzutreten konnte, um die abschließenden Beratungen durchzuführen.

Bezüglich der Verlängerung der Militärdienstzeit ist bekannt, daß sie — mit alleiniger Ausnahme der Ersatzreserve — einheitlich die zweijährige Dienstzeit vorzieht. Auch auf die beiden jetzt präsent dienenden Jahrgänge soll sich die Dienstzeitverlängerung bereits beziehen, doch sollen sie nach Ablauf ihrer ursprünglichen mit 14 Monaten bemessenen Dienstzeit einen Urlaub in der Dauer von zwei Monaten erhalten.

Was die Einrechnung des militärischen Präsenzdienstes für Staatsangestellte betrifft, so soll diese erst für diejenigen erfolgen, die ab 1. Jänner 1935 ihrer Dienstpflicht genügen, nicht aber rückwirkend. In die Vorrichtung soll ein Jahr, in die Pension die gesamte Dienstzeit von zwei Jahren eingerechnet werden.

Endlich soll auch noch die Militärtaxe beschlossen werden, die schon seit zwei Jahren im Budget präliminiert war, aber noch nicht durchgeführt wurde. Sie soll die Form eines zehnprozentigen Zuschlages zur Einkommensteuer haben, also auch Frauen betreffen, die selbständig ihr Einkommen einbekommen müssen. Die Abzugssteuer wird jedoch ausgeschlossen sein. Sie soll erst für die jüngeren Geburtsjahrgänge ab 1900 gelten, da sich bei den älteren Jahrgängen der Nachweis über die Militärdienstzeit im alten Oesterreich in vielen Fällen nur schwer oder gar nicht erbringen ließe.

Diese Einzelheiten können aber noch zum Teil vom Ministerrat abgeändert werden, über dessen Sitzung bis Witternacht noch kein Kommuniqué ausgegeben wurde. Man rechnet damit, daß drei Vorlagen vielleicht schon heute im Parlament eingebracht werden.

Tschechische Agrarier und Merkale

Im „Benlow“ veröffentlicht dessen Chefredakteur Senator Braň einen Artikel, in dem er sich mit dem Verhältnis der Agrarier zu den Merkalen beschäftigt. Er sagt, daß es innerhalb der tschechischen Merkale Partei Leute gibt, die an ein Wunder glauben, das ist nämlich daran, daß die alten Zeiten wiederkehren, in denen die Merkale Partei groß und die Agrarpartei klein war. Aber alle bisherigen Wahlen seit dem Umsturz zeigen, daß Agrarier und Merkale nur mit keinen Verbindungen aus mehr örtlichen als aus anderen Gründen rechnen können. Ebenso sind die Merkale auf dem Holzweg, wenn sie glauben, daß die nationale Front den tschechischen Agrariern Abbruch tun werde. „Wäre es nicht besser“, fragt Braň, „wenn die Volkspartei schon heute mit uns verhandelte, auch nach den Wahlen nicht zugulassen, daß das Großkapital bei uns regiere, wie es in der Vergangenheit in den wichtigsten Zweigen der Volkswirtschaft regiert hat? Wäre es nicht besser einen Rodus wivendi zu vereinbaren zwischen Parteien, welche sich den Dienst am Volke als ihre Lebensaufgabe erwählt haben?“

Frauen, die sich aus Liebe prügeln lassen. Ihre Schornsteine sandten den Atem ihrer Kraft zum Himmel. Er wußte sicher und glücklich: mit diesem werde ich fahren und mit jenem. Ich werde einen blauen Anzug haben und ein flatterndes Herz und nur zweimal des Jahres werde ich Land sehen. Keine Stimme wird von Wind und Wetter rauf werden. Die Welt wird für mich eine glänzende Kugel sein, unten und oben voll Wellen. Und an allen Ufern werde ich Liebchen haben, in allen Haaren und Hautfarben, und ihr Lachen wird zu Weinen werden, wenn mein Schiff die Anker lichtet. Und gerade damals wurde ihm das Weine zerflattert. Der erste Schmerz machte ihn ohnmächtig. So brachte man ihn nach Vidar. Das Schiff, mit dem er ankam, hielt in der Nähe der Hütte und eine Barke brachte ihn ans Ufer. Beim Erwachen sah er seinen Vater über sich gebeugt, die Stirne voll Falten und Schweiß. Cloture starrte auf die Bettlante. In seinem Ruhe fühlte er einen unheimlichen Schmerz. Durchdringender war aber das Weh seines Herzens, das wie ein leeres Schiff unterging. Er hatte keine Jugend, denn er hinkte und konnte lange nicht aufs Meer blicken, wo stolze Schiffe ihres Weges zogen.

Er wurde natürlich ein Fischer. Man kaufte ihm ein neues Netz und der Vater hinterließ ihm seinen Rahm, der war klein und abgenutzt und das Segel zeigte große Flecken. Er weinte, als er ihn das erste Mal allein führte.

Früh wurde Cloture alt, so wie jeder früh altet, dessen Zukunft vom Leben zerstört wird.

Mit vierzig Jahren heiratete er. Nicht aus Liebe: aus Mitleid. Das Mädchen, das nun sein Weib war, hatte nichts zu essen gehabt und er machte damals immer reiche Beute. Sie war jung und bestimmt sehr arm. Sonst hätte sie den hinkenden Cloture wohl nicht genommen. Sie lebten sehr still, scheinbar von den toten Fischen angeleckt. Meist mußte sie in einem Winkel der Kammer auf einem Strohsack auf dem Boden liegen.

Zumeist erwartete sie ihn am Ufer und nahm ihn bei seiner Rückkehr wortlos Reg und Ruder aus der Hand.

Eine Peinigung war sie munterer als sonst. Sie fettete sich das Haar mit Öl und wusch ihre einzige Bluse öfter als früher. Cloture ahnte, daß sie die Bluse nicht seinetwegen wusch. Aber er fragte nicht. Einmal erschien unter dem Krug ihrer Bluse ein Band. Am liebsten hätte er es weggerissen; aber er wollte nicht mit seinen Händen ihrer Brust nahekommen.

Es war im Sommer. Auf dem Strande standen in langen Reihen die bunten Zelte der Badegäste. Sie war unruhig, wenn er nicht auf die See hinausfuhr und wollte ihn schöner haben, als er war.

„So kann doch dein Haar. Es ist von Salz ganz verklebt. Du sollst nicht wie ein Bettler aussehen. Es genügt, daß du ein Krüppel bist.“

Arme nehmen Beleidigungen nicht wörtlich. Er warf daher nicht den Schemel nach ihr, obwohl er es am liebsten getan hätte.

Manchmal sang sie ungeschickt und kreischend, aber ihre Stimme war voll überschäumenden Mutes. Wenn sie ihn aber kommen sah, verstummte sie.

Cloture wollte wissen, vor wem sie sich seiner schämte. So ging er ihr einmal nach. Der Abend war weich, trotz des Fischgeruchs. Es war wohl dunkel, aber ihre Bluse leuchtete. Jemand stand neben ihr. Jemand, den die Dunkelheit verblüht hatte. Er hörte eine Stimme, die den Tonfall der Städte hatte:

„So weine doch nicht, er wird dir nicht den Kopf abreißen.“

Er drückte sie bei diesen Worten wahrhaftig an sich. Das hörte man seiner Stimme an.

Cloture schlich heim und schwur, sein Weib zu erschlagen. Er wollte Rehe fiden, bevor sie heimkam, zerriff sie aber nur noch mehr.

(Fortsetzung folgt.)

Das jugoslawische Memorandum

Eine Monster-Anklageschrift: 78 Seiten, 48 Beilagen, 18 Photos!

Genf. (Zich. P. M.) Mittwoch abends wurde in Genf das jugoslawische Memorandum veröffentlicht, durch welches die jugoslawische Regierung die Beteiligung einiger ungarischer Behörden an den Vorbereitungen der terroristischen Aktionen jugoslawischer Emigranten, hauptsächlich an der Vorbereitung des Marceller Attentates nachweist. Das Memorandum wurde dem Generalsekretär des Völkerbundes Avenol vom jugoslawischen Völkerbundsdelegierten Fotiz um 17.30 Uhr überreicht.

Das Memorandum über das Marceller Verbrechen, welches der jugoslawische Gesandte Fotiz überreichte, umfaßt insgesamt 78 Seiten, 48 Beilagen und 18 Photographien. Es ist auf elf Kapitel aufgeteilt. Das Memorandum sagt einleitend, daß die auf ungarischem Boden gegen Jugoslawien geführte Tätigkeit der Terroristen bereits lange Zeit vor der Gründung der terroristischen Organisation „Ustascha“ bestanden hat.

Von ungarischen Offizieren ausgebildet

Diese Tätigkeit wurde von ungarischen Offizieren persönlich geleitet. Außerdem waren einige ungarische Organisationen beauftragt, eine illegale Tätigkeit zum Zwecke eines Umsturzes des durch die Friedensverträge geschaffenen Standes herbeizuführen. Ursprünglich befanden sich noch im Jahre 1931 einige Emigranten in einer Kaserne in Pünksch, als aber Annehmlichkeiten hinsichtlich des Verbleibens der ungarischen Behörden mit den Emigranten entstanden, wurden für die Terroristen eigene Lager geschaffen, von denen das bekannteste Janka Puszta war, das von Gustav Berck organisiert wurde.

Die Rekrutierung der Terroristen erfolgte unter der Mitarbeit einiger ziviler und militärischer Behörden.

In der Weise, daß einige Emigranten an den Grenzen verhört und dann interniert wurden.

Inzwischen stellten die terroristischen Organisationen den Grund des Eintreffens in Ungarn und die vorübergehende Tätigkeit der Internierten fest. Die Terroristen wurden von den ungarischen Behörden unterstützt.

so daß es ihnen erleichtert wurde, Explosivstoffe, Söllemaschinen, Waffen und Propagandamaterial nach Jugoslawien zu bringen.

Die ungarischen Behörden verboten nicht nur dieses Schmuggelwesen, sondern leisteten den Terroristen tätige Hilfe. Beim Ueberfahren der Grenze nach Jugoslawien seitens der Terroristen liefen die ungarischen Behörden die Lager beschaffen. Als sich die Terroristen im Lager Janka Puszta gegen Berck empörten, griff sogar die Polizei direkt ein.

Die Schützlinge der Schuschnigg-Diktatur

Das jugoslawische Memorandum teilt die Terroristen in fünf Gruppen:

1. ehemalige Offiziere der österr.-ungar. Armee (wie z. B. General S a r o l i z, weiterer Oberst P e r c e n i z (Freunde und Mitarbeiter der „Reichspost“), Kapitän N e w e g e r, L a h o v i t s u u. a.),
2. Einzelpersonen mit verbrecherischer Vergangenheit (z. B. v. r. aus der Marceller Affäre bekannte P o s p i s i l),
3. beschäftigungslose Arbeiter, die aus den jugoslawischen Kolonien im Auslande rekrutiert wurden (N a j i z),
4. arme Landwirte aus dem ungarischen Grenzgebiet,
5. Mitglieder der mazedonischen Organisation C N M, die im Einvernehmen mit der Organisation Ustascha standen (z. B. D r a n g o v, G e o r g e w u. a.).

Geld, Uniformen, Pässe

Den ungarischen Behörden war die Tätigkeit der Terroristen bekannt. Davon zeugt der Umstand, daß die Terroristen die M i l i t ä r u n d P a s s e n der Organisation Ustascha trugen. Die Organisation Ustascha prägte auch ihr eigenes Geld. Ihre Mitglieder hielten militärische Übungen mit Schusswaffen ab, u. zw. in einer Zeit, da die ungarischen Behörden im diplomatischen Wege von Jugoslawien auf die Existenz dieser Dinge aufmerksam gemacht worden waren. Das ungarische Außenministerium hat in seiner Note vom 26. April 1934 selbst anerkannt, daß sich zeitweise Fälle ereignet haben, in denen die ungarischen Behörden von einigen Verbrechern gekauft wurden.

Die ungarischen Behörden stellten eine große Zahl von Pässen an verdächtige Persönlichkeiten jugoslawischer Nationalität aus. Alle Umstände deuten darauf hin, daß die Terroristen über große Geldmittel verfügten, was außer äußeren Anzeichen auch der Fall M i h a l a s aus Preßburg beweist, der u. a. erklärte, daß die vielen Waffen der Terroristen nicht ohne Mitwirkung der staatlichen Behörden in Ungarn beschafft werden konnten.

Die Gesuchten „verschwinden“

Das Memorandum gibt weiter eine Analyse der zwischen der ungarischen und der jugoslawischen Regierung ausgetauschten diplomatischen Korrespondenz, betreffend die terroristische Tätigkeit vom Oktober 1930 bis heute. Aus den diplomatischen Dokumenten geht hervor, daß es den ungarischen Behörden niemals gelang, die Täter festzustellen, deren Namen und Aufenthalt ihnen von Jugoslawien mitgeteilt wurden. Die jugoslawische Regierung stieß in Ungarn auf eine systematische Verweigerung der Mitarbeit bei der Verfolgung der in Ungarn weilenden Verbrecher. Erst nach dem Marceller Verbrechen beschloß die ungarische Regierung am 21. November der jugoslawischen Regierung ein Verzeichnis der verdächtigen Einzelpersonen jugoslawischer Herkunft bekanntzugeben. Dieses Verzeichnis steht im Einklang mit den Angaben der unterrichteten Terroristen. Doch befindet sich bei den Personen, die verfolgt wurden, stets die Angabe: v e r s c h w u n d e n, ins Ausland abgereist, unbekannt wohin abgereist u. a.

Das Datum der Abreise dieser Terroristen aus Ungarn stimmt mit dem Datum ihrer Ueberführung der jugoslawischen Grenze vor Verübung terroristischer Akte in dem von den ungarischen Behörden übermittelten Verzeichnis überein.

Unter den Genannten befinden sich auch zwei Mitschuldige an dem Marceller Verbrechen. M i j o K r a l i s t nach den Angaben der ungarischen Behörden aus Ungarn gerade zu der Zeit verschwunden, da die jugoslawische Regierung um seine Auslieferung ersuchte.

Das Memorandum gibt eine Uebersicht der auf jugoslawischem Boden vom Jahre 1929 bis zum Jahre 1934 verübten Attentate und terroristischen Akte.

In zwanzig Fällen kam es zu Opfern an Menschenleben und großen Eigentumsverlusten.

Zu dem Kapitel über die Verantwortlichkeit Ungarns für das Marceller Attentat, das als das schuldigste angesehen wird, konstatiert das Memorandum:

Die Verantwortung für Marseille

1. Die Auswahl der Verbrecher erfolgte auf ungarischem Boden unter den in besonderen Lagern lange und sorgfältig vorbereiteten Terroristen. Die Verbrecher verließen Ungarn frei mit ungarischen Pässen versehen.

Sammlung der Nation im Zeichen der Legionär-Ideale! Ein Appell Dr. Beneß

Bei der fünfzehnjährigen Jahrestagung der F. J. D. M. (Vereinigung interallierter ehemaliger Frontkämpfer) im Althäuser Rathaus hielt Minister Dr. B e n e s s eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Die einheitliche Organisation der alliierten Frontkämpfer, der tschechoslowakische F i d a c, blieb die Plattform, die bisher alle Richtungen unserer Legionäre verbunden hat. Schon dadurch, daß sie diese Plattform geschaffen hat, hat die tschechoslowakische F i d a c-Organisation sich ihre Verdienste erworben, und ich würde nur wünschen, sagte der Minister, daß der Ideeninhalt dieser Organisation, die Traditionen, deren Träger sie ist, und hauptsächlich die Grundidee der Liebe und Treue zu Nation und

„Die deutsche Geheimtuererei“ Baldwin versucht es mit gütlichem Zureden

London. Winston Churchill stellte Mittwoch in seiner Rede im Unterhaus fest, daß das deutsche Militärflugwesen Ende des Jahres 1936 um 50 Prozent und Ende des Jahres 1937 sogar um 100 Prozent stärker sein werde als die Luftverteidigungsmacht Großbritanniens.

In die Aussprache griff auch der Vertreter des Premierministers, B a l d w i n, ein. Der u. a. sagte: Es scheint allerdings, daß die Lage sehr düster ist, trotzdem dürfen wir aber nicht die Hoffnung aufgeben, daß man zu einem allgemeinen Abkommen über die Beschränkung der Rüstungen gelangen wird. Einer der Hauptgründe der Besorgnisse sei heute die deutsche G e h e i m t u e r e i. Eine unheilverfügende und nervöse Ähnung breitet sich in Europa von Land zu Land aus und kündigt dem europäischen Frieden nichts Gutes. Wir hoffen, sagte Baldwin, daß die Deutschen sich selbst fragen werden, ob ihre Geheimtuererei und der Abbruch der Beziehungen zu Genf für einen so hohen Preis stehen.

Die Äußerungen über die deutschen Rüstungen, wie sie in Großbritannien angeführt werden, hält Baldwin für übertrieben. Großbritannien müsse aber nicht nur auf die Gegenwart, sondern auch in die Zukunft schauen, und in ihr sieht es sehr ernste Gründe zu Besorgnissen. Die Regierung Großbritanniens wahrt den

2. Das Marceller Attentat ist eine Folge der Tätigkeit der lange Jahre hindurch auf ungarischem Boden inspirierten und unterstützten Terroristen. Nur der Umstand, daß die ungarischen Behörden den ganzen Apparat der Mörder und Terroristen duldeten und ihm bei den Kurzübungen auf ungarischem Gebiete behilflich waren, erleichterte das Marceller Verbrechen. Der Organisator des Verbrechens in Marseille wählte in den terroristischen Zentren auf ungarischem Boden die Mörder des Königs A l e x a n d e r a u s. Die Verantwortlichkeit der ungarischen Regierung vergrößert insbesondere die Tatsache, daß die ungarische Regierung es abgesehen hat, Kräfte auszuliefern, obwohl sein Aufenthalt in Ungarn bekannt war. Das Verhalten der ungarischen Regierung nach dem Marceller Verbrechen beweist, daß Ungarn weder ein Interesse hatte, noch bereit war, aufzuklären, was vor dem Verbrechen geschah. Gegenüber der internationalen Untersuchung betrieb die ungarische Regierung die Politik systematischen Leugnens und gegenteiliger Behauptungen.

Das Memorandum sagt im Schlußpassus: Das Marceller Verbrechen ist die natürliche Folge einer gegen Jugoslawien lang organisierten und im Ausland geförderten V e r s c h w ö r u n g. Gegen eine derartige terroristische Tätigkeit bleibt die Regierung eines Staates machtlos, wenn ihr nicht eine internationale lokale Mitwirkung zuteil wird. Sonst wird der Kampf gegen eine so gefährliche Form des internationalen Verbrechens unmöglich gemacht.

Die ungarische Regierung wollte gegen die Terroristen keine Maßnahmen treffen, und nur dieses Verhalten der ungarischen Regierung hat die Vollführung des Marceller Attentats ermöglicht. Deshalb fällt auf die ungarische Regierung die Verantwortung, was die jugoslawische Regierung dem höchsten Organ des Völkerbundes mitteilen für ihre Pflicht erachtet.

Starke Wirkung in Genf

Das Memorandum rief in Genf allgemeine Beunruhigung hervor. Niemand hatte erwartet, daß die Anklage gegen Ungarn durch so schlagende Beweise und durch so überzeugende Belege unterstützt sein wird. Man nimmt an, daß mit Rücksicht auf die Dokumente, die die Behauptungen des Memorandums erweisen, die Verteidigung Ungarns zweifellos erschwert sein wird.

Staat, zu Freiheit und Demokratie, die gemeinsame Plattform auch für alle übrigen Bürger unserer Nation würde, daß die F i d a c unter allen Umständen Parteien-, Standes-, Konfessions- und Kulturunterschiede überbrücke und die Hauptstütze und Garantie unserer Gegenwart und Zukunft so bleibe, wie sie Stütze und Ausgangspunkt unserer revolutionären Bergangenheit war.

Der Minister führte weiter aus, daß die tschechoslowakische Politik sich von den Idealen der Regionen habe leiten lassen. Er schloß:

Unsere auswärtige Politik hat Ideen gebietet und hört nicht auf, Ideen zu debattieren, die die ideale Grundlage der Organisation der alliierten Frontkämpfer waren, und auf deren Grundlagen auch heute unsere ganze Nation sich konzentrieren kann und muß.

Standpunkt im Geiste strenger U n p a r t e i l i c h k e i t und in vollem Einklang mit seinen Verpflichtungen als Mitglied des Völkerbundes und als Signatar des Locarno-Vertrages. Sollten unvorhergesehene Umstände eintreten, werden wir durch sie nicht überrascht werden. Noch vor Ende des Finanzjahres, d. i. im Herbst, wird die Regierung das Parlament um R a t h r a g s t r e d i e ersuchen. Die Regierung Großbritanniens ist entschlossen, keine Unterlegenheit in Bezug auf irgend eine Streitfrage Deutschlands hinzunehmen.

Wenn Deutschland, sagte Baldwin weiter, seine Geheimtuererei aufgibt und wir mit ihm alle Angelegenheiten verhandeln können, die in Europa Besorgnisse hervorrufen, dann wird es Deutschland möglich sein, die Verhandlungen mit seinen Nachbarn wieder aufzunehmen, die bereit sind, ihm zu helfen, soweit es sich um den Handel und die Stabilisierung der Weltwährungen handelt. Solange dies aber nicht geschieht, wird D e u t s c h l a n d i s o l i e r t b l e i b e n und solange es isoliert bleiben wird, wird ihm gegenüber der Verdacht wachsen und werden vielleicht auch seine Schwierigkeiten zunehmen. Baldwin hofft aber, daß diese Aussprache eine neue Gelegenheit zum Zusammenschluß der europäischen Völker bieten wird.

Tagung der Parteiezekutive

Br a g. Der Vollzugsausschuß unserer Partei hielt Mittwoch eine Sitzung ab, in der zunächst der Parteivorstand Genosse Dr. G e s c h über die aktuellen politischen Fragen berichtete. Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Anschließend berichtete der Parteisekretär Genosse T a u b über die Fortsetzung der mit den Kundgebungen des 4. November eingeleiteten Aktion und stellte eine Reihe von Anträgen. An der Aussprache hierüber beteiligten sich die Genossen Kremser, J a f f a, S t a n z, P a u l, G e i s l e r, de Witte, H e l l e r. In der Debatte kam der einmütige Wille zum Ausdruck, den Kampf gegen Krisennot und Faschismus mit aller Entschiedenheit fortzuführen.

Zur Beschlussfassung über die von Genossen T a u b vorgebrachten Anregungen wird demnächst eine Parteivorstandssitzung unter Beiziehung aller Zweige der deutschen Arbeiterbewegung stattfinden.

Schach dem Agrarfascismus! Rote Massenkundgebung in Bischofteinitz

Die Böhmerwaldstadt Bischofteinitz, die miteten in einem landwirtschaftlichen Gerichtsbezirk liegt, wollten die deutschen Agrarfascisten zu einer antimarxistischen Hochburg ausbauen. Dort fand im Sommer die bekannte Verbrüderung zwischen Landstand und Heimatsfrontführern statt und im Herbst ein sogenannter „Tag des Egerlandes“, der wiederum eine gemeinsame Parade der Landstand und Heimenfrontfascisten war. Unsere Gegner rechneten damit, daß die roten Vorposten dieses Gebietes, Kleinbauern, Landarbeiter und arbeitslose Bauarbeiter, keinen Gegenstoß wagen würden. Sie hatten sich gewaltig verrechnet.

Am Sonntag fand in Bischofteinitz eine sozialdemokratische Kundgebung statt, die das Märchen vom sterbenden Faschismus auch in diesem Agrargebiet zerlegte. Saal und Galerie des Gasthofes „Bäuml“ waren zum Bersten voll, viele Teilnehmer konnten keinen Zutritt mehr finden. Aus dem Ronsperg-Hofstauer Waldgebiet waren 300 Arbeiter mit einer mächtigen roten Fahne anmarschiert. Bis zu sechs Stunden Fuhrmarsch legten sie zurück und nachdem sie stehend der Versammlung beigewohnt hatten, machten sie sich ohne Hast auf den Heimweg, weil ihnen die Mittel für die bescheidenste Stärkung fehlten. Auch die Agrardörfer des Bezirkes Bischofteinitz waren glänzend vertreten, so daß der Versammlung 800 bis 1000 Menschen beiwohnten. Unter dem Vorsitz des Genossen Philipp Schilderten die Referenten Genosse J a f f a und Kleinbauernsekretär Genosse Schmidt den Kampf der Sozialdemokratie für Freiheit und Brot und für die Rechte des kleinen Landvolkes. Denen, die den Arbeitern, Häuslern und Kleinbauern das gleiche Wahlrecht in die Gemeinden rauben wollen, wird — so kündigte Genosse J a f f a an — beim kommenden Wahlkampf aufgespielt werden, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. In glänzender Stimmung fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Die Unbelehrbaren Rektor und Dekane zurückgetreten

Mittwoch fand eine Sitzung des akademischen Senats statt, in der Rektor G r o s s e r und die fünf Dekane der Fakultäten ihre Würden niederlegten. Daraufhin wurde ihnen das Vertrauen ausgesprochen und sie wurden ersucht, die Kenter wieder anzutreten. Sie dankten für das Vertrauen und erklärten, sich ihre Entschiedenheit vorzubehalten. Vorläufig werden der Rektor (G e s e m a n n) und die Prodekane die Geschäfte führen.

Die Herren von der Alma mater haben sich nicht als gelernt und sind weit davon entfernt, einen altertümlichen Formalismus und eine geschwollene Prestigepolitik durch moderne Prinzipien zu ersetzen. Das kann mit Vertrauensfundgebungen und Demonstrationen, Rücktritten, Vorbehalten, Reklamationen, Protesten und Gesten nun so weiter gehen bis — nun bis vielleicht doch geschichtliche Ereignisse eintreten, die auch den ehrwürdigen Repräsentanten des 14. Jahrhunderts klar machen, daß der Ehrenkodex einer mittelalterlichen Elite nicht zu den weltbewegenden Problemen der Zeit gehört!

Was geschieht an der Saargrenze?

Saarbrücken. (W. P.) Aus den verschiedensten Quellen kommen Nachrichten über das Aufsuchen kleiner Detachements von Reichswehrsoldaten der verschiedensten Regimenter, in Gruppen bis zu zehn Mann, längs der Saargrenze. Genannt wird u. a. das Infanterieregiment 20 in Bassau. Diese Gruppen sind nicht uniformiert. Als Kommandeure werden von französischer Seite der Oberleutnant Hoffmann, ehemals Rassel, und Hauptmann Habau, beide mit dem Sitz in Landau, sowie Hauptmann Meyer-Höffer in Kaiserslautern genannt. Man nimmt an, daß diese Detachements im Falle eines Alarms als Adressen zur Auffstellung größerer Kampfeinheiten dienen sollen. Diese meist aus französischer Quelle stammenden Berichte werden durch Nachrichten, die auch uns zugegangen sind und die vorgezogene von Reichswehr aus Mitteldeutschland (Sachsen, Thüringen, Kurhessen) sprechen, bestätigt.

Koloman-Wallisch-Buch

Es trägt den Titel

„Ein Held stirbt“

Beschreibung des Buches „Ein Held stirbt“ von Paula Wallisch, das die Geschichte eines Helden erzählt.

Bestellungen sind an die Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag XII, Elefa 13, zu richten.



Das Gebäude der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Wien

wurde unter polizeilichen Schutz gestellt, da dort Kundgebungen demonstrierender Palantzen-Studenten befürchtet wurden, die vor der Wiener Universität antisowjetische Krawalle inszenierten und im Zeitungsbüro vandalisierten.

Tagesneuigkeiten

Gummiknäppel statt Brot

Kattowitz. (Tsch. P. B.) Zur Abstellung des wilden Kohlenabbaus haben die polnischen Sicherheitsbehörden auf dem Plekischen Grubengelände bei Lazise insgesamt 25 von wilden Kohlengräbern angelegte Schächte durch Sprengung zerstört.

In die Hand gestochen — gestorben

Boderjam. Mittwoch gegen 4 Uhr früh wurde der jüdische Wachmann Anton Selmanowski bei Boderjam von einem unbekannten Täter in die Hand gestochen.

Lufschutzbüchse in Kladno

Kladno. (Tsch. P. B.) Mittwoch nachmittags wurde der zweite Anflug auf die Stadt Kladno ausgeführt, dessen Zweck ausschließlich die Prüfung des Funktionierens der Kontrollen der passiven Abwehr der Bevölkerung war.

Riesen-Silberschmuggel aus China

Hongkong. Es wird behauptet, daß wöchentlich aus China für mehrere Millionen chinesischer Dollars Silber ausgeführt wird, und zwar auf schmugglerische Art.

Staatsfeind Nr. 1

Chicago. In den Straßen Chicagos kam es am Dienstag zu einer Schießerei zwischen dem „Staatsfeind Nr. 1“ und Geheimagenten der Bundespolizei.

festgestellt, daß der Führer des entkommenen Wagens der Dillinger-Gangster Georg Kelson war, der seit dem Tode Dillingers als Staatsfeind Nr. 1 gesucht wird.

Risch zu sechs Monaten verurteilt

Sudney. Der Schriftsteller Egon Erwin Kisch wurde zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und zur Ausweisung aus Australien verurteilt.

Die vier entsprungenen Wölfe

die in der Nacht zum Dienstag aus dem Wildpark Preudenitz bei Danzig-Elba entsprungen waren, sind nach einer abenteuerlichen Verfolgung in den Wäldern an der polnischen Grenze erlegt worden.

Henlein im Großen Brodhaus

Der eben erschienene 19. Band des Großen Brodhaus befaßt sich recht ausführlich mit der Tschechoslowakei — „kurz“ aber fälschlich bezeichnet als „Tschechei“ — und weiß auch bezeichnender Weise über Henlein und seine Funktion unter den Deutschen in der Tschechoslowakei zu berichten.

Der Aufstieg und die Machtübernahme des Nationalsozialismus im Deutschen Reich demutachten die tschechische Regierung sehr und veranlaßten sie zu scharfem Vorgehen gegen die nationalen sudetendeutschen Parteien.

Brodhaus gilt als das bestinformierte deutsche Nachschlagewerk...

Gegen den Mißbrauch der Nationalhymne

Im „České Slovo“ lesen wir folgende treffende Betrachtung: Während der Universitätsdemonstrationen gab es viele bedauerliche Erscheinungen. Eine verdient besondere Verurteilung. Es ist dies der grobe Mißbrauch mit unserer Nationalhymne.

sich einbildet, das Vorgehen der Polizeileute mit dem sogenannten Gesang der Nationalhymne aufzuhalten. — Die Hymne ist ihrer Funktion nach etwas so Erhabenes, etwas, womit man nur eine außerordentliche Begebenheit oder Gelegenheit ehrt.

Sofortiger Beginn der Universitäts-Weihnachtsferien

Der Rektor der Karls-Universität, Prof. Dr. Fr. Štursa, erklärt Mittwoch die Weisung: Im Einvernehmen mit dem Ministerium für Schulwesen und Volkskultur verfüge ich aus Gründen der Sparsamkeit, daß die Vorlesungen an der Karls-Universität vor Weihnachten bereits mit dem 30. November 1934 geschlossen werden.

Pilgersfahrten zu Alexanders Grab

Aus allen Gegenden Jugoslawiens und aus dem Ausland dauert der Zug von Pilgern zum Grab des Königs Alexander an. In den Besuchern der letzten Ruhestätte Alexanders gehört auch ein gewisser Jezlina, der von Agram zu Fuß nach dem Berge Oplenac pilgerte.

Wie die Zigeunerin Šneberkova begraben wurde

Seltene Leichenseier in Predlitz

Am Dienstag fand in Predlitz bei Aufbruch ein interessantes Zigeunerbegräbnis unter Beteiligung von etwa 300 Personen und unter Aufsicht von Sicherheitsorganen zur Aufrechterhaltung der Ordnung statt.

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung

3. Verbandsturnfest 1936 — in Komotau

Der erweiterte Vorstand des Atus hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, das 3. Verbandsturnfest im Jahre 1936 in Komotau abzuhalten.

Kreisfeste 1935

Im Einvernehmen mit dem Vertreter des Parteivorstandes, Genossen Land, beschloß der erweiterte Vorstand des Atus, daß überall dort, wo die nächstjährigen Kreisfesten keine gemeinsamen Veranstaltungen mit der Partei sind, die Feste bis Ende Juni durchgeführt sein müssen.

Die nächsten großen Tagungen des Atus

Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, wird im Herbst des Jahres 1935 eine Konferenz aller Bezirks- und Kreisvertreter stattfinden, die einen Teil der Arbeiten des fälligen Verbandstages durchführen soll.

In unseren gestrigen Leitartikeln

„Kommt der Weltbrotkott“ hat sich ein bössartiger Fehler eingeschlichen. Der Schluß des ersten Absatzes hat natürlich richtig zu lauten: ... daß Beschlüsse gefaßt werden, um den Kampf gegen die Menschheitsgefahr des deutschen Faschismus umfassender, strenger und empfindlicher als bisher zu organisieren.

Ratuschka nach Oesterreich zurückgebracht

Der vom Budapester Gerichtshof zum Tode durch den Strang verurteilte Attentäter Ratuschka wurde gestern nach Oesterreich zurückgebracht. Ratuschka war bekanntlich von Oesterreich nur auf die Dauer der Gerichtsverhandlung nach Ungarn gebracht worden.

Großer Münzfund

Der „Ostrosky Becher“ berichtet, daß in Bolatic im Stučker Bezirk bei der Aushebung einer Grube im Garten des Gutbesizers Josef Stchoha von den Arbeitern ein irdenes Gefäß gefunden wurde, in dem sich an 1200 alte Silbermünzen im Gewicht von sechs Kilogramm befanden, und die aus dem 16. und 17. Jahrhundert stammen; sie wurden dort wahrscheinlich während des Dreißigjährigen Krieges vergraben.

Acht persische Häuptlinge hingerichtet

Teheran. (Reuters.) Am Mittwoch wurden acht Häuptlinge des Bachianen Stammes wegen Hochverrats und Verschwörung hingerichtet.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen:

Freitag: Prag, Sender L.: 10.05: Deutsche Nachrichten, 11.25: Schulfunk, 12.10: letzte Russen, 13.35: Arbeitsmarkt, 16.45: Tschechisch für deutsche Hörer, 18.20: Sportvorschau, 18.25: Prof. Dr. Ernst Otto: Grundgesetze des Geisteslebens, 18.45: Deutsche Arbeiterkundung: Aktuelle zehn Minuten, 22.15: Tanzmusik, Sender S.: 14.40: Tanzlieder, 10.05: Deutsche Sendung: Für die Frau, — Bräun 10.30: Schulfunk, 13.40: Chansons auf Schallplatten, 15.55: Orchesterkonzert, 18.20: Deutsche Sendung: Kinetisches aus dem Sportleben, 18.40: Jugendstunde, — Näher, — Ostrau: 18.00: Deutsche Sendung: Jugendstunde, 18.45: Die Wanderschaft, — Preßburg 20.00: Oper aus dem Studio.

Duplizität der Eisenbahn-Unfälle

Sarajewo. (Tsch. P.-B.) Auf der Industrie-Eisenbahnlinie Siprag-Banjaluša der Vojna-Bois-Gesellschaft entgleiste Dienstag ein schwer beladener Lastzug und stürzte in einen Abgrund. Hierbei wurden zwei Konduktoren getötet. Ein ähnliches Unglück ereignete sich auf der Industriebahn der Radica-Aktiengesellschaft unweit Davidobik auf einem abschüssigen Teil der Strecke. Eine Zugsgarnitur stieß auf einen beladenen Wagon auf, welcher umstürzte. Ein Eisenbahner wurde getötet.

Invaliden-Demonstration in Paris. Dienstag abends protestierten auf den großen Boulevards in Paris einige Hundert an den Gliedmaßen amputierte Kriegsinvaliden. An einigen Stellen kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den Invaliden und Polizisten. Etwa hundert Invaliden gelang es, bis zum Opernplatz zu gelangen, wo sie die elektrische Straßenbahn besetzten, ihre Prothesen abnahmen und den Verkehr nahezu eine Stunde hemmten. Durch diese Kundgebung wollten die Kriegsinvaliden gegen die herabgesetzten Invalidenrenten protestieren.

Einen furchtbaren Selbstmordversuch hat in Heidenreichstein (Niederösterreich) die 30jährige Landwirtin Aloise Koller verübt. Sie war vor zwei Tagen Mutter geworden und lag noch im Wochenbett. Dienstag rannte sich die junge Mutter ein Taschenmesser unterhalb des Herzens in die Brust, weil diese Stelle besonders schmerzte. Das Messer drang aber nur zwei Zentimeter tief in die Brust ein, worauf die Frau einen Stiefelknecht nahm und damit das Messer in die Brust trieb. In diesem Augenblick kam ihre Mutter dazu, die so Jungin der schrecklichen Tat wurde. Die junge Mutter wurde sterbend ins Krankenhaus gebracht.

Millionen-Defraudant Rosenbergh verhaftet. „Kurzer Voran“ meldet aus Paris, daß auf Erfinden der polnischen Gerichte dort Alexander Rosenbergh, der ehemalige Bevollmächtigte des Grafen Jakob Potocki, des polnischen Magnaten, der vor kurzem gestorben ist und sein großes Vermögen wohlthätigen Zwecken vermacht, verhaftet wurde. Rosenbergh wird beschuldigt, aus dem Besitz Potockis 20 Millionen Zloty bemittelt zu haben.

„Praga 114 Airbady.“ Am Sonntag, den 25. November, hielt die Union der Zivilpiloten in Paris am Flugplatz Orly einen Flugtag ab, an dem eine Reihe von hervorragenden Piloten teilnahmen, um die modernsten Typen der Flugzeuge vorzuführen, die auf der eben in Paris stattfindenden Ausstellung für Flugwesen ausgestellt sind. Um 14 Uhr wurde der Flugtag durch das tschechoslowakische Flugzeug „Praga 114 Airbady“ eröffnet, das vom Chefpiloten Rostalel vorgeführt wurde. Die Produktion dieses Flugzeuges, das mit einem Motor von nur 36 PS ausgerüstet ist, riefen bei den Zuschauern Begeisterung hervor.

Die Säuberungsaktion der Pariser Polizeibehörde zwecks Entfernung unerwünschter Kuliänder, deren Papiere nicht in Ordnung sind, schreitet fort. Die Kuliänder werden nunmehr nicht nur nachts, sondern auch am Tage durchgeführt. Auch Dienstag wurde wieder eine große Anzahl verdächtiger Personen festgenommen.

Die Saar-Polizei. Dienstag traf in Saarbrücken eine Abteilung tschechoslowakischer Polizisten und Gendarmen ein.

Gefährdet. Bei der Insel Rhéna südlich von Aken strandete der mit 145 Fahrgästen besetzte Dampfer „Poppi“. Das Schiff legte sich nach dem Auslaufen auf die Seite. Der größte Teil der Fahrgäste konnte gerettet werden. Zwei Personen sind ertrunken. Mehrere Fahrgäste werden noch vermisst.

Ein verwegener Raubüberfall wurde am Dienstagabend von zwei Burschen in Kempen verübt. Gegen 18 Uhr betrat ein Mann ein Kaufgeschäft und kaufte um 10 Pf. ein. Kurz nachdem er den Laden verlassen hatte, betrat wieder ein Fremder den Laden, der bei seinem Eintreten rief: „Geld, oder ich schieße!“ Er eilte auf die Verkäuferin zu, die nur mit einem Bekleidungsstück im Laden war, bränkte sie in den Lagerraum und gab aus einem Meter Entfernung einen Schuß auf sie ab. Die Verkäuferin wurde aber nicht getroffen. Darauf rief der Räuber die Schublade des Ladentisches auf und entnahm der Kassa eine Handvoll Silbergeld im Wert von 50 bis 60 Mark, worauf er die Flucht ergriff. Auf die Verkäuferin, die ihm dann folgte, gab er unter der Ladentür einen zweiten Schuß ab. Von dem einen der Räuber verfolgten mehrere Vorübergehende. Auch auf seine Verfolger feuerte der Räuber zwei Schüsse ab. In Arendenberg sprang er in ein Auto, das augenblicklich losfuhr. Inzwischen war die Polizei erschienen. Ein Hauptwachmeister, der auf dem Rad eine Zeit lang die Räuber verfolgte, mußte die Verfolgung aufgeben. Wie die Polizei inzwischen feststellte, handelt es sich bei dem Raubüberfall um zwei Straflinge, die in der Nacht zum Dienstag aus der Gefangenenanstalt Donsberg bei Ludwigshafen entflohen waren. Das Auto scheint sie gestohlen zu haben.

Der Titanenkampf

Am Verdrücker Freiheitsdenkmal findet sich die historische Inschrift: „Errichtet vom Kreis Gersbrunn der NSDAP, im zweiten Jahre des Dritten Reiches, als Gauleiter Streicher seinen Titanenkampf gegen die Juden führte.“ Aus Streichers „Dritter Tageszeitung“.

Prozeß Karl Kraus contra „Sozialdemokrat“

Prag. Mittwoch begann vor dem Pressenat des hiesigen Straf-Richtergesichtes unter dem Vorsitz des Obergerichtsrates Tisei ein Prozeß, den der Eigentümer und Herausgeber der Wiener „Fackel“, Karl Kraus, durch den Prager Advokaten Dr. Turnovský gegen den verantwortlichen Redakteur des „Sozialdemokrat“, Genossen Dr. Strauß, angestrengt hat.

Gegenstand des Prozesses ist ein unter der Ueberschrift „Die Fackel als faschistische Zeitschrift“ erschienener Artikel des „Sozialdemokrat“ vom 10. August 1934, der sich mit der letzten „Fackel“ (vom Juli 1934) beschäftigt, in welcher Karl Kraus unter heftigen Angriffen gegen die Sozialdemokratie und den Marxismus für Volkstum und sein Regime Partei nimmt. In der gefügten Notiz wird Karl Kraus von einem Kämpfer gegen Gewalt und Unrecht zu einem Parteigänger des österreichischen Faschismus erklärt und Karl Kraus mit Gerhart Hauptmann verglichen.

In dem Artikel des „Sozialdemokrat“ war auch festgesetzt, daß Karl Kraus bestrebt ist, die tschechoslowakische Regierung gegen die Emigration scharf zu machen und daß Karl Kraus den Weg der Gleichschaltung betreten hat.

Bei der Mittwoch-Hauptverhandlung brachte der Verteidiger des Genossen Dr. Strauß, Genosse Dr. Schwelb vor, daß die Behauptungen des inkriminierten Artikels, sofern sie die Behauptungen der „Fackel“ und nicht auch des Herrn Karl Kraus persönlich enthalten, überhaupt nicht lagbar sind, da nach dem Gesetze zum Schutze der Ehre einer ausländischen Zeitschrift das Klagerrecht nicht zusteht.

Was nun die auf Kraus persönlich bezüglichen Behauptungen anlangt, so bestritt die Verteidigung bei einem Teile von ihnen den beleidigenden Charakter, indem sie ausführte, daß sie den Rahmen einer erlaubten Kritik nicht überschreiten. Dies gilt insbesondere von der Konstatierung, daß an Karl Kraus leider seine 60 Jahre nicht spurlos vorübergegangen zu sein scheinen, und daß von dem Kämpfer und Satiriker Karl Kraus auch stilistisch in dem wüsten Gestrüpp dieser „Fackel“ nicht mehr viel zu erkennen sei.

Was den Vorwurf anlangt, der Privatankläger Kraus habe sich wilde und gebärgige Angriffe gegen die Sozialdemokratie und den Marxismus geleistet, so brachte der Verteidiger etwa 150 Stellen der letzten „Fackel“ zur Verlesung, in welchen Kraus u. a. folgende Ausdrücke über den Sozialismus, den Marxismus und die Sozialdemokratie gebraucht:

„Parvenü, Bestialität, Paralyse, der tote Esel, verfallenes und absurd schon neben der größeren Konstruktions des Kommunismus, Abschaum, Berrut, Lächer, dreiste Lüge, Blaskalch, Palawatsch, Preßlumperei, Tollhändler, Trubadoren, Lügen, Demagogie, Parteityrann, Bezirksbözogen, Sengenwirtschaft, Freiheitstrottel, Schwärzer, grundtätliche Lägerri, böswillige Nihilisten, Vagabundage, Rabauddresse, Idiotie, Trottelerei, Gähne, Ornen der Verlogenheit, Lüge, Vag, Tölpel, intellektuelle Ausbeuter“ u. a. m.

Der Verteidiger stellte es dem Gerichte anheim, angesichts dieser Tatsachen den Wahrheitsgehalt der Behauptung der Anklage zu prüfen, wo gefagt wird, Karl Kraus habe niemals gegen den Marxismus und die Sozialdemokratie Ausfälle gemacht, sondern nur die Handlungsweise und die Politik der Führer der österreichischen Sozialdemokraten einer begründeten Kritik unterzogen. Der Verteidiger trat ferner durch die Ausführungen auf Seite 174 und 176 der letzten „Fackel“ den Beweis für die von Kraus inkriminierte Behauptung an, daß sich Kraus darüber ausgesprochen habe, der Generalsitz in Wien hätte ihn am 12. Februar 1934 um 11 Uhr daran gehindert, die Korrektur an einem vorbereiteten Heft der „Fackel“ zu beenden. Der Verteidiger stellt auch jene Stellen der letzten „Fackel“ unter Beweis, in welchen eine vom Kläger vollzogene Denunziation erldhrt wird.

Was den Vorwurf der Gleichschaltung anlangt, so berief sich der Verteidiger darauf, daß die letzte „Fackel“ in kontradiktorischem Widerspruch steht zu alledem, was Kraus insbesondere während des Krieges und nach dem Juli 1927 gegen das alte Oesterreich, aber auch gegen die Nachhaber des neuen Oesterreich, gegen Schobers Polizei, Seipels Regierung, gegen die österreichische Justiz, gegen Oesterreichs Militär und gegen die österreichische Barbarei überhaupt geschrieben hat. Er führte Beweis darüber insbesondere durch „Die letzten Tage der Menschheit“ und das Drama „Die Unüberwindlichen“ von Karl Kraus sowie durch die „Fackel“ aus den Jahren 1927 und 1928 „Der Hort der Republik“, „Rein Abenteuer mit Schober“, „Das Ereignis des Schweigens“ und „Blut und Schmutz oder Schober entsart durch Bektess“ einerseits und durch die „Fackel“ aus dem Juli 1934 andererseits. Dr. Turnovský bestritt sich vor, auf die Ausführungen des Verteidigers, die auch in einem schriftlichen Antrage detailliert worden sind, binnen einer bestimmten Frist schriftlich zu antworten.

Das Gericht beschloß nach langer Beratung, die von der Verteidigung beantragten Beweise zuzulassen, insbesondere durch die erwähnten Schriften von Karl Kraus aus der Zeit vor 1934 und durch die „Fackel“ vom Juli 1934. Zum Zwecke der Durchführung dieser Beweise wurde die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Da nach dem Sprachengese beim Prager Gerichte nur tschechische Beilagen entgegengenommen werden können, anderssprachige Beilagen nur dann, wenn sie mit einer Uebersetzung in die tschechische Sprache versehen sind, sollen alle diese Schriften von Karl Kraus in die tschechische Sprache übersetzt werden.

Da es sich um ein sehr umfangreiches und schwieriges zu übersetzendes Material handelt, hat das Gericht angeregt, die Parteien möchten den Antrag auf Delegation eines Kreisgerichtes stellen, bei welchem nach dem Sprachengese die Entgegennahme deutscher Urkunden zulässig ist. Wir werden unsere Leser über den weiteren Verlauf dieses interessanten Prozesses informieren.

Sorgen der französischen Bauern

Zwischenhandel schädigt die Getreidewirtschaft

Die französischen Bauern sind unzufrieden. Sie murren, daß sie

ihre Getreide zu den staatlich festgesetzten Mindestpreisen nicht verkaufen können,

daß die Zwischenhändler ihnen niedrigere Preise anbieten und daß sie dadurch ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. Sie nennen die Zwischenhändler „Gangster“ (dies Wort ist gerade in Frankreich Modewort geworden) und berechnen die Summe, die die Landwirtschaft vom Zwischenhandel angeblich zu wenig bekommt, mit 3,5 Milliarden Franken. Woran liegt das? Frankreich hat wieder eine Rekordweizenernte gehabt, durch die es ein Ueberangebot von 20 Millionen Doppelzentnern gab. Um tabulale Preisstürze zu verhindern, setzte die Regierung einen Mindestpreis von 108 Franken pro Doppelzentner fest. Dieser Preis war nicht zu hoch. Verzug er doch 1931 noch 160 Franken. Aber zu 108 Franken ist der Weizen unerkäuflich. Der Bauer muß aber den Weizen verkaufen, um zu Bargeld zu kommen. So bleibt ihm nichts anderes übrig, als selbst Angebote von 65 bis 75 Franken zu akzeptieren. Das Mehl und das Brot werden aber auf einer Preisbasis verkauft, als wenn für den Weizen 108 Franken bezahlt wären. Die Bauern fragen nun, wo dieser Zwischengewinn von 30 bis 40 Franken pro Doppelzentner bei diesem „Gangster-Mehl“, wie sie sagen, bleibt.

Der Weizen ist aber nicht die einzige Sorge.

An der Milch verdienen die französischen Landwirte jetzt monatlich 300 Millionen Franken weniger als im Vorjahre.

Noch schwieriger ist die Lage der Weinbauern. Denn die Weinernte ergibt dieses Jahr 85 Millionen Hektoliter gegen 65 Millionen im Durchschnitt der letzten Jahre. Auch hier wird es zu einem Preissturz kommen. Die Bauern also zu einem Preissturz kommen. Die Bauern verlangen, daß sie ihre Steuern und sonstigen Verpflichtungen mit Weizen oder anderen Naturalleistungen begleichen können, und bevorzugen ihre Säcke vor den Steuer-

ämtern und Banken. Sie fordern vom Staat Steuernachlaß, Vorgehen gegen die Zwischenhändler, Export des überschüssigen Weizens. Die bisherigen Weizengesetze haben jedoch den Staat 1,5 Milliarden gekostet. Ein Export der überschüssigen 20 Millionen Doppelzentner würde weitere 1,5 Milliarden kosten, da der Staat die Differenz zwischen dem französischen und dem Weltmarktpreis tragen müßte. Da der Staat also nur begrenzt helfen kann, greifen die Bauern zur Selbsthilfe. Viele Bauern setzen die Mühlen aus Großpatern Reiten wieder in Betrieb, vermahlen das Getreide.

Laßen das Brot selbst und verkaufen es direkt,

machen also den Bäckern Konkurrenz. Ein Bauer, der Kriegsteilnehmern ein Brot als Zugabe gab, vermochte auch die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Aber im großen und ganzen sind derartige Mittel natürlich wenig wirksam. Bereinzelt wird sehr dafür Propaganda gemacht, daß es nötig sei, eine umfassende Organisation der französischen Landwirte zu schaffen, um den Markt in ihrem Sinne zu beeinflussen und die Einhaltung der gesetzlichen Preise zu erzwingen.

Die Lage der Weinbauern ist besonders trostlos.

Manche versuchen, ihre Weinberge zu verkaufen, aber sie stellen fest, daß die Preise auf ein Zehntel (!) gefallen sind. Verzweifelt ist die Situation südlich der Gironde, bei Bordeaux. Im Arrondissement Lospierre ist die Verblüderung von 42.000 auf 32.000 innerhalb von zwölf Jahren zurückgegangen. Viele verlassen die Weinberge. Nicht besser ergeht es den Weinbauern der Champagne, die die Trauben an die Händler und an die Champagnerfirmen verkaufen. Aber dieses Jahr werden keine Trauben gelauft, da sonst der Champagnerbestand von 140 auf 240 Millionen Flaschen steigen würde und jährlich nur 30 bis 40 Millionen abzufehen sind. Und für ein Hilo Trauben erhalten sie einen Franken gegen 2,50 Franken im Vorjahre.

Sie stehlen wie die Raben

Neben Konzentrationslagern, Folterkammern, Erschießungen „auf der Flucht“ und Sauf- und Fressgelagen der braunen Vögel besteht der „Sozialismus“ des Dritten Reiches aus einem Topfgericht und Sammlungen für die „Winterhilfe“. Der Eifer, recht viel Geld zusammenzubringen, gilt, wie wir sofort sehen werden, nicht allein dem Zwecke, aus den gesammelten Geldern hungerleidende Volksgenossen zu unterstützen, sondern auch jenen Lumpen im braunen Gürtel die Möglichkeit zu geben, sich aus der Winterhilfe die Taschen zu füllen. — Aus der umfangreichen Liste der durch Hakenkreuzfunktionäre verübten Unterschlagungen von Geldern der Winterhilfe seien nur einige Fälle angeführt:

Table with 2 columns: Name and Amount. Includes entries like Raben (100,000), Kochen (ein 2. Fall) (30,000), Berlin (25,000), etc.

Wohlwilt der reichsdeutschen „Winterhilfe“ hat auch unsere Genleinspartei, die Sudeten-deutsche Heimatfront (SDH), eine Aktion eingeleitet. Sie folgt auch hier, wie in vielen anderen deutschen Weispel. In einem Aufsatz, der im Genleinsblatt, der „Rundschau“, über die Winterhilfe erschienen ist, heißt es nun unter anderem:

„Wer heute freiwillig gibt, will wissen, welchen Weg seine Gabe wandert und ob sie wirklich den Herd der Not erreicht, ohne an flebrigen Mittelhänden hängen zu bleiben...“

Wir haben oben gesehen, wieviel Geld, das in Deutschland für die Truppen gesammelt wurde, „an den flebrigen Mittelhänden“ der Nationalsozialisten, den Freunden unserer Genleinspartei, hängen geblieben ist.

Marschiere oder verreckel

Hitlerjugend unter Terror.

Bisher gilt die politisch unmündige Hitlerjugend noch als die treueste Gefolgschaft des „Führers“. Schon seit einiger Zeit gibt es Berichte, die mitteilen, daß auch in der Hitlerjugend die Begeisterung stark abflaut und die Beteiligung an den Veranstaltungen sehr nachläßt, was selbst an den öffentlichen Aufmärschen zu sehen ist. Der nachstehende exemplarische Terrorbrief an Mitglieder der Hitlerjugend beweist, mit welchen elenden Mitteln man die Jungen in den von vielen gebahnten Trill zu zwingen sucht.

Der Gefolgschaftsführer Hitler-Jugend, Gef. Köln: 2. 10. 34. Jugendgenosse

Wetr. Erntedankfest der NSDAP. am 30. September 1934.

Trotz ausdrücklichem Befehl zu dieser Veranstaltung, bist Du zur angelegten Zeit nicht angetreten, eine Entschuldigung liegt mir bis heute nicht vor. Du hast durch Deine Untertätigkeit bei Deiner Anmeldung in die HJ. Dich zum Nationalsozialismus und seiner Jugend bekannt und Dich zur Dienst- und Pflichterfüllung feierlich verpflichtet. Ich verlange und befehle Dir also, Dein dem Führer Adolf Hitler gegebenes Versprechen zu halten.

Ich erwarte schriftliche Entschuldigung bis Donnerstagabend 8 Uhr.

Ich betone letztmalig, daß ich keine leeren Drohungen ausspreche, sondern daß ich jeden Fahnenflüchtigen so strafen kann, daß er sein ganzes Leben daran denkt. Ich schreie nicht davor zurück, dem Chef und Arbeitsamt Benachrichtigung zukommen zu lassen.

Heil Hitler! Gefolgschaftsführer m. d. F. b.

Besitzt Du schon das Arbeiter-Jahrbuch 1935?

Selbstverständlich, denn: erstens muß es jeder gute Genosse haben und zweitens werde ich doch nicht die Gelegenheit versäumen, ein so billiges und schönes Buch zu erwerben!

PRAGER ZEITUNG

Menschlichkeit . . .

Zu der großen, vornehmen Hauptstraße bettelt ein vielleicht zehnjähriges Kind. Ein Kind, das der Griffel des Elends in so erschreckender Unbarmherzigkeit gezeichnet hat, daß die Passanten für einen Augenblick erschrocken stehen bleiben. Nur für einen Augenblick, wie gesagt, denn die Dynamik des Verkehrs bildet keine länger dauernde seelische Panik. Gran, tieftraurig sind die weiten Schläfen dieses Kindes, von Mangeln durchfurcht und verwöhnt wie bei einer Greisin.

Hart und verkniffen sind die schmalen Lippen, sie erzählen von Hunger und Entbehrung, vom Jammer des Alltags- und Erntehungers. Die Augen sind trüb, glanz- und hoffnungslos, und entzündet. Diese Augen sprechen am eindringlichsten. Was sie berichten, ist das Inferno der Wohnungsnot. Diese Augen der zehnjährigen wissen nun alles — Sie haben zu viel gesehen, zu viel ertragen, zu viel erlitten, um noch aufzuatmen zu können.

Zu dritt, zu viert in einem Bett, im Meer der Verführung, im Meer des Schmutzes . . . Das Kind bettelt, ein paar traurige, weisse Klammern in den schmutzigen Händen, mit einer dünnen, durchlöchernten Stimme, die voll von geronnenen Tränen ist und aus Herz greift.

Seltzam, unheimlich ist der Kontrast. Dort die erklüftete Pracht der Hauptstraße, das unablässig flatternde Rot und Weiß elegant gekleideter, Abenteuer und romantische Abwechslung suchender Menschen, die glitzernde, beidseitige Lichterfülle der Schaufenster — und hier dieses Kind, das in zehn Jahren bereits durch alle Hölle des Lebens geschritten ist.

„Schrecklich“, sagt eine Dame und zieht, leise erlachend, ihre Schultern hoch, „dieses Kind! Das wäre ein Motiv für einen heutigen Gosa —“
„Unverantwortlich“, brummt ein sehr korrekt aussehender älterer Herr, „diesen unseligen Wurm auf Welteltern zu schicken! Madonnen, die man ins Gefängnis stecken sollte!“

Ein junges Mädchen, das dabei steht, hört mit aufmerksamer gespannter Gesicht der Dame und dem sehr korrekt aussehenden älteren Herrn zu, sagt nichts und hat nur einen warmen, tränenfeuchten Schein des Mitleids in den blauen Augen.

Nach einer Weile geht es auf die zehnjährige Bettlerin — dies unglücklich mißhandelte „Ebenbild Gottes“ — zu, streicht ihr mit unendlicher Zartheit über das zerzauste Haar, nimmt sie wortlos an die Hand und verschwindet, mit dem vor Staunen fassungslosen Menschenbündel am Arm, in einem nahe gelegenen Speisehaus.

„Interessant —“ ruft die Dame mit dem „Gosa-Motiv“ —
„Entschuldigen Sie —“ sagt da ein Mann, der sich bisher beobachtend im Hintergrund gehalten hatte, sehr ruhig und bestimmt zu der Dame, „es ist gar nicht interessant, es ist nur menschlich. Schlamm allerdings für uns, wenn das, was nicht mehr als selbstverständlich sein sollte, bereits als interessant gilt —“
Spricht und geht schweigend seines Weges —.

beschuldigt haben soll, von dem beobachteten Gatten der Frau B. b e s t o c h e n worden zu sein. Von dieser Beschuldigung trat Bajicel nach den Ausführungen der Anklage auch dann nicht zurück, als ihm der Polizeipräsident erklärte, er werde gegen den beschuldigten Polizisten das Disziplinarverfahren einleiten, und er hielt sie auch im Zuge der Vorerehebungen aufrecht.

Notzucht an der eigenen Tochter Zwölfstündige Verhandlung vor dem Prager Schwurgericht

Prag. Am Mittwoch laute das Schwurgericht unter Vorsitz des O.M. C e r v i n k a hinter verschlossenen Türen. In langstündiger Verhandlung beschuldigte der 45-jährige Steinmetz Rudolf V e l k a aus V o s k o v i c e zu verantworten wegen der Verbrechen der Notzucht, der Blutschande, der Erpressung durch gefährliche Drohung und der Heberzeugung der Leichten K o r p e r l e b u n g. Das Opfer des Angeklagten ist seine eigene 19-jährige Tochter. Bei der Verhandlung traten 13 Zeugen auf, über deren Aussagen natürlich nicht berichtet werden kann. Aus den feinerzeitigen Gerichtsprotokollen ist dieser Sachverhalt bekannt.

Am 17. Februar d. J. forderte der Angeklagte seine Tochter V o j e n a auf, mit ihm nach A r a u u z zu gehen, wo er ihr ein Paar Schuhe kaufen wolle. In A r a u u z führte er das Mädchen indessen zuerst in den Ausschank eines Hotels, wo er ihr Wein vorsetzte und dann in ein inoffiziell gemietetes Hotelzimmer führte, wo er sie auf das Bett warf und zu vergehrlichen Versuchen. Das Mädchen konnte sich indessen in erbittertem Kampfe ihres unaufrichtigen Vaters erwehren und entziehen. Der Angeklagte ließ ihr nach, sprach ihr beruhigend zu, kaufte ihr die Schuhe und begab sich dann mit ihr auf den Heimweg. In einem Wald überfiel er dann seine Tochter aufs neue. Ein zufällig vorüberfahrender Radfahrer entdeckte den Wüstling. Der Ange-

Der Angeklagte erklärte demgegenüber, es habe sich um eine rein private Heubereitung gehandelt. Er habe damals dem Polizeipräsidenten in Begleitung seines Schwiegerjohnes einen Öffentliche-besuch abgestattet, um für dessen Glückwünsche zur Hochzeit seiner Tochter zu danken. Im Lauf des Gespräches habe er ohne besondere Absicht diese Heubereitung getan.

Da sich der als Zeuge geladene Polizeipräsident zur heutigen Verhandlung entschuldigt hatte und seine Aussage von ausschlaggebender Bedeutung ist, vertagte der Gerichtshof die Verhandlung. r b.



Ein klarer Durchschlag

entscheidet in strittigen Fällen. Deshalb schreibt jeder seine wichtigen Mitteilungen (und was ist heute nicht wichtig!) auf der Qualitätsmaschine, die bis 10 reine Durchschläge macht. Die Corona leistet dasselbe wie eine große Maschine, kostet aber nur die Hälfte. Das ist entscheidend! Überdies ist sie leicht zu bedienen, macht keinen Lärm, ist einfach konstruiert, robust und stabil.



GIBIAN & CO.
PRAG, Štěpánská 32, Tel. 351-5-1

ch möchte schon heute schreiben und erst später zahlen. Machen Sie mir Vorschläge!

und des Gedächtnisses, Niedergelassenheit, Müdigkeit, Reizbarkeit, verminderte Arbeitsfähigkeit, Schwindelgefühl, Hebelkeit, Schläfrigkeit und starke Körpergewichtsabnahme sind oft die Folgen. Es muß deshalb dringend empfohlen werden, weniger brutale Sportarten auszuüben. — Besonders schädigend auf die Gelenke wirkt sich neben dem Fußballspiel auch das V o g e n aus. Abgesehen von der äußeren Arbeit, beeinflusst der Vortrieb vor allem die Muskeln, die er in unökonomischer und unnatürlicher und darum ungeübter Weise erhebt. Das übrige fogenannte Abbärten des Körpers ist beim Vogen rein äußerlich, die inneren Organe werden sogar nachteilig beeinflusst. Gerade Vogen und Fußballspielen verlangen hochwertigste Körperleistungen in bezug auf Kraft, Ausdauer und Geschwindigkeit; desgleichen werden die Gelenke im höchsten Maße in Anspruch genommen. Nirgends sind aber die Bewegungen so unphysiologisch — d. h. sie liegen so stark außerhalb der Mechanik der Gelenke — wie bei der Ausübung gerade dieser beiden Sportarten. Von den Knochen läßt sich das gleiche sagen. Dementsprechend lassen sich an den Bewegungsmechanismen Schädigungsreize beobachten, teils Wucherungen, teils Schwind, Weichartige Schäden erleiden auch Herz und Lungen.

Die Haltung beim Radfahren, die Einpressung der Zunge durch die Form des Sattelgewölbes, nur ein mit Sicherheit: den Schaden der dem Körper auf die Dauer zugefügt wird. Die drei genannten Sportarten sind vom medizinischen Standpunkt aus, also vom Standpunkt der körperlichen Erhaltung und Kräftigung, eher als das Gegenteil davon anzusehen. Gesundheitsschädliche Sportarten sind aber nicht der einzige Grund für auftretende Gesundheitsstörungen, auch nicht das Ausüben einer der beiden Dualität des Körpers nicht sorgfältig angepaßten Sportart. Ein weiterer Fehler liegt in dem Trainieren auf Höchstleistungen. Leibesübungen sind Reize, die auf den Körper in der Weise einwirken, daß die kleinen Reize die Lebenskraft anregen, mittlere sie verstärken, größere sie aber hemmen, sie sogar schädigen. Ziel der richtigen sportlichen Erziehung sind leider nicht die gesundheitsfördernden mittleren Reize, sondern Leistungssteigerungen zur Erzielung von Höchstleistungen, die die Gelenke, Muskeln, Organe und Gehirn in einer Weise und in einem Maße beanspruchen, daß sie schwere Schädigungen zur Folge haben. Es wird immer genügend Einzelbegabungen geben, die zu Höchstleistungen geeignet sind. Für die Allgemeinheit ist es ebenso sinnlos wie zwecklos. Dr. A.

Austria Wien, die Lehiplabierete in der Wiener Meisterschaft, schlug in Liverpool den dortigen Profiklub 2:0.
In der Europa-Eishockeymeisterschaft erlebte der LTC Prag eine unangenehme Heberausung: 2:3:1 ließen die Pariser Francais Volants!

Vereinsnachrichten

Die S. J. Kollektivität veranfaßt gemeinsam mit der „Klub socialne demokraticke“ Kollektivität I und II, am 1. Dezember einen N i k o l o - A b e n d. Für Mitglieder unserer Organisationen und eingeführte Gäste. Programm: Musik, Tanz, Geschenke. Beginn: 8 Uhr. Ort: Volkshaus (Turnsaal), Prag VII., Beletřinův. Geschenke sind dortselbst von 5 Uhr nachmittags abzugeben.

EMIL STRAUSS:

Die Entstehung der Tschechoslowakischen Republik
broschiert KČ 45—
gebunden KČ 55—
Zu beziehen durch die Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag XII., Slezská 13

„Erziehungs- und Propagandamittel der Gegenwart“

Ein kulturpolitischer Kursus des Bezirksbildungsausschusses der DSAV in Prag

Morgen, Freitag, den 30. November, 8 Uhr, in der „Urania“ dritter Kurs, abend:

Die Bedeutung der Musik im Völkerverleben.
Historisch-soziale Grundlage — Musik-Machen und Musik-Hören — Musik-Erziehung und Humanität. (Mit musikalischen Illustrationen.)
Vortragender: Min.-Rat Prof. Leo Keřtenberg

Sport • Spiel • Körperpflege

Sportsschäden und ihre Vermeidung

Der populäre Begriff des Sporttreibens befaßt: körperliche Ermüdung, Stärkung und Kräftigung des Körpers durch Sport und Förderung der Gelenkigkeit und Grazie durch Gymnastik, Erhaltung der Gesundheit. Und alles, was sich nicht dementsprechend auswirkt, schadet dem Körper, vermindert die Arbeitskraft durch Herabsetzen der Gesundheit. Der Sport ist heute im gewissen Sinne Volksgut geworden. Als solches muß er erhalten werden.

Vom Standpunkt der Volksgesundheit sind die Verhältnisse auf dem Gebiete des Sports augenblicklich etwas gespannt. Die aus einer gewissen Abwehr gegen frühere Heberlastung auf geistigem Gebiet hervorgegangene Bewegung, hat sich vielfach in Heberzeugung ausgewirkt, und solche Heberzeugung kann die sogenannten „Sportsschäden“ verursachen. Die Herzie, die man um Mitarbeit bei der Lösung dieses Problems angang, erheben deshalb ihre warnende Stimme und fordern insbesondere:

1. Keine Heberzeugungen, die Schädigungen herbeiführen.
 2. Auswahl von Personen für die einzelnen Sportart und der geeigneten Körperübungen für die einzelne Persönlichkeit (individuelle Sporteinigungsprüfung und Abstufung nach Geschlecht und Alter).
- Liebe zu der einen oder anderen Sportart beweist noch nicht die gesundheitsfördernde Zutraglichkeit. Es ist ganz falsch, von dem Standpunkt auszugehen, der Sport sei als gegeben anzusehen, der Mensch habe sich anzupassen. So hat die ganze Bewegung vorläufig scheinbar nur die gefunden, ja von diesen nur die kräftigsten Individuen betätigt, während die Kranken und Schwachen vollkommen vernachlässigt werden. Erst wenn die sportliche Betätigung allen Menschen angepaßt werden kann, hat sie überhaupt einen Sinn.

Der Sport lebt in seinen idealsten Zweigen den ganzen Körper, das dem Körper zuträglichste Arbeitsmaß vorausgesetzt. Wenig schätzenswert sind Sportarten, die nur ein bestimmtes Muskelsystem üben. So sind — vom ärztlichen Standpunkt aus gesehen — Vogen und Fußball unrentieren und roh, Radfahren als Reissport abzulehnen. Abgesehen davon, daß das Fußballspiel in keinerlei Weise erziehend oder gesundheitsfördernd wirkt, hat man im Gegenteil festgestellt, daß das Fußballspiel die Funktionen des zentralen Nervensystems anherzt unangünstig beeinflusst. Beträchtliche Abnahme der Aufmerksamkeit



Hanna Waag

spielt eine Hauptrolle in dem Film „Chopins Abschiedswalzer“, der Ende der Woche in Prag herauskommt.

Vorträge

Heber „Das neue Privatangestelltengesch“ spricht Donnerstag, den 29. d. M., um halb 20 Uhr im Vortragssaal des Ministeriums für soziale Fürsorge (Prag II, Palackého nám. 4) Genosse Abg. K. Klein.

Vortrag Rabbiner Max Abraham verboten. Der für gestern abend angekündigte Vortrag Rabbiner Max Abraham wurde am Nachmittag von der Prager Polizeidirektion verboten. Er wird im Laufe der nächsten Tage im Rahmen einer nur Mitglieder angehörigen Versammlung der LZM (Sekretariat, Revoluční 3) stattfinden.

Kunst und Wissen

„Schule für Stenographen“ von Bernoulli wurde von der Jenzur freigegeben und ist die nächste Novität der Kleinen Bühne.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag halb 8: Manon, C. I. — Freitag halb 8: Glaubart, Erstaufführung, Bankbeamte und freier Verkauf, D. 2. — Samstag halb 8: Menschen in Weik. — Sonntag 11: Hammermusik, halb 8: Nacht vor dem Uffimo, halb 8: Carmen, D. 1.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag 8: Nacht vor dem Uffimo. — Freitag 8: Großreinemachen, Kulturverbandsfreunde und freier Verkauf. — Samstag 8: Hochklingt das Lied vom braven Mann. — 8: Großreinemachen.

Gerichtssaal

Der ehemalige Chef des Prager uniformierten Polizeikorps unter Verleumdungsanklage

Polizeipräsident Dolejš als Zeuge

Prag. Vor dem Senat K r a z u s t a f e l war Mittwoch der 45-jährige Josef Bajicel des Verbrechens der falschen Besichtigung angeklagt. Die Anklageschrift gibt den Verstoß des Angeklagten als den des Besitzers einer Detektivkammer an. In der Person des Angeklagten entpuppte sich der gewesene Kommandant der uniformierten Prager Polizeimannschaft.

Der Fall selbst ist noch nicht geklärt. Eine Frau B. hatte die Kanzlei des Angeklagten mit der Beobachtung ihres Gatten betraut, wobei seine zwei Angestellten im Laufe der Erhebungen sich fälschlicherweise als Polizeioffiziere ausgaben. Die Sache hatte fernzeit ein Nachspiel beim Bezirksgericht, vor welchem die Gehilfen des Angeklagten wegen Annahme eines Amtscharakters belangt, aber freigesprochen wurden.

Die vorliegende Anklage basiert auf einem Gespräch, das Bajicel mit dem Prager Polizeipräsidenten Dr. Dolejš hatte und in dessen Verlauf er einen in dieser Sache beschäftigten Polizeieinspeltor

Abonnements - Bestellschein.

Abonnenten ab 1934 das täglich erscheinende Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

„Sozialdemokrat“

Verwaltung Prag XII., H o d o b a R. 62,

zum Preise von 16 Kč monatlich, und sende diesen Betrag nach Erhalt des Erlagscheines ein.

Name:
Genauere Adresse:
Legte Post:
Interessiert:

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16. —, vierteljährlich Kč 48. —, halbjährlich Kč 96. —, ganzjährig Kč 192. —. — Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachschlag. — Rückstellung von Manuskripten Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. Druckerei: „Orbis“, Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.G., Prag